

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 29. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 23. Mai 2007
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Christoph Morat, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Roman Meury
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)
Alexandra Gmür, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:

Entschuldigt: Claude Rothen
Dr. Ivo Corvini
Peter Humbel

Abwesend:

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 09.05.2007 betreffend Wahl eines Mitglieds in das Wahlbüro anstelle der verstorbenen Josette Aufrichtig für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30. Juni 2008). Geschäft 3727
2. Bericht des Gemeinderates vom 09.05.2007 betreffend Nachrücken von Siro Imber, FDP-Fraktion, für den zurückgetretenen Hanspeter Frey-Rieder, FDP-Fraktion, in den Einwohnerrat, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008). Geschäft 3725

3. Bericht des Gemeinderates vom 29.11.2006 und der Kommission für Gemeindeordnung und Reglemente gemeinsam mit der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen betreffend Totalrevision des Abwasserreglements, 2. Lesung Geschäft 3525/A
4. Bericht des Gemeinderates vom 29.11.2006 und der Kommission für Gemeindeordnung und Reglemente gemeinsam mit der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen betreffend Totalrevision des Wasserreglements, 2. Lesung Geschäft 3526/A
5. Bericht des Gemeinderates vom 14.03.2007 betreffend Teilrevision des Jugendmusikschulreglements, 2. Lesung. Geschäft 3687
6. Motion vom 25.04.2007 von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend „Schriftliche Beantwortung von Interpellationen“. Geschäft 3724
7. Postulat vom 14.03.2007 von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, betreffend „Hinweis- und Gebotstafeln“. Geschäft 3718
8. Postulat vom 25.04.2007 von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, betreffend „Fussweg von der Tramhaltestelle Gartenstrasse via Bachgraben/Robinsonspielplatz zum Hegenheimermattweg“. Geschäft 3723
9. Interpellation vom 15.11.2006 von Andreas Bammatter und Claude Rothen, beide SP/EVP-Fraktion, betreffend „Unterhalt und Pflege der Wegmatten“: Geschäft 3693
10. Interpellation vom 25.04.2007 von Sarah Lorenz und Mathilde Oppliger, beide CVP-Fraktion betreffend „Allschwiler Wald“. Geschäft 3722

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates
- FRAGESTUNDE

Die Protokollführerin

.....
Alexandra Gmür

Einwohnerratsprotokoll Nr. 29 vom 23.05.2007

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Christoph Morat

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Christoph Morat, Präsident, begrüsst die Anwesenden herzlich zur Einwohnerratssitzung vom 23.05.2007 und teilt mit: Erlauben sie mir noch ein Wort in eigener Sache zur letzten Sitzung. Zum ersten Mal seit längerer Zeit hat ein Wahlgeschäft solche hohen Wellen vor allem auf emotionaler Ebene geschlagen. Ansonsten ist dies den Sachgeschäften vorbehalten. Um nicht noch mehr Öl ins Feuer zu giessen, welches gelodert hat, habe ich auf Interventionen zu diversen Voten verzichtet. Ich möchte aber klarstellen, dass jemand, welcher nicht zur Sache redet, sich beleidigend äussert oder durch unsachliche Bemerkungen die Verhandlung stört, zur Ordnung gerufen werden muss. Es ist dem Ansehen des Einwohnerrats schädlich, wenn sich Mitglieder zu Voten mit Vulgärausdrücken, mit Flüchen oder Beleidigungen in emotionalen Diskussionen hinreissen lassen. Es wäre keine schöne Aufgabe für das Präsidium, auch für meine Nachfolgerin nicht, wenn es jemanden zur Ordnung rufen oder ihm sogar das Wort zensieren muss.

Neue parlamentarische Vorstösse

Postulat vom 23.05.2007 der **CVP Einwohnerratsfraktion** betreffend „finanzielle Entwicklung der Spitex.“ (Geschäft 3728)

Zum Postulat:

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Es ist schon seit längerem bekannt, dass der Bund die Subventionen für die Spitex streichen wird. Somit werden sehr wahrscheinlich grosse Kosten auf die Gemeinde zukommen, wenn nicht der Kanton in die Bresche springt. Wir möchten gerne wissen, ob sich der Gemeinderat schon darüber Gedanken gemacht hat, was dies für die Gemeinde bedeutet.

Postulat vom 23.05.2007 von **Felix Keller**, CVP-Fraktion betreffend „Verlängerung der Buslinie 38 zum Bahnhof Basel SBB“ (Geschäft 3730).

Zum Postulat:

Felix Keller, CVP-Fraktion: Ich schlage vor, dass man den Bus 38 anstatt ins Dorf, wo es mittlerweile zu viele Busse hat, vom Grabenring durch die Baslerstrasse zur Parkallee über die Wanderstrasse zum Bahnhof SBB leiten würde. Dadurch hat man ein Problem weniger im Dorf und zudem eine direkte Anbindung von Allschwil an den Bahnhof SBB.

Interpellation von **Samuel Champion**, SD-Fraktion, betreffend „Sicherheit in der Schulanlage Neuallschwil“ (Geschäft 3731).

Zur Interpellation:

Samuel Champion, SD-Fraktion: Ich war in der Schulanlage in Neuallschwil an der Raiffeisenkassen-Versammlung. Bei diesem Rummel, der dort war, bekam ich Bedenken, was passieren würde, wenn es zu einem Unfall oder Brand käme. Ich habe die Räumlichkeiten etwas erkundigt und sah überhaupt keine Sicherheitsmassnahmen, weder Feuerlöschgeräte noch Fluchttüren. Dies möchte ich nun gerne abgeklärt haben.

Dringliche Motion vom 23.05.2007 von **Franziska Pausa**, SP/EVP-Fraktion betreffend „Littering 2007“ (Geschäft 3729)

Zur Dringlichkeit:

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Als Erstes möchte ich die dringliche Motion in ein Postulat umwandeln. Dies war ein Formfehler von mir. Wie sie wissen, bin ich noch nicht so lange in der

Politik. Zweitens zur Dringlichkeit: Letztes Jahr gab es ein Littering-Projekt mit Tipi-Zelt, das war alles sehr gut. Ursula Pozivil hatte letztes Jahr auch einmal in dieser Sache nachgefragt. Dieses Jahr „lüpfte es mir den Hut“. Jedes Mal wenn ich meine Flaschen brav entsorgen gehe, ist bei den Entsorgungsstellen eine Sauerei. Nicht nur bei den Entsorgungsstellen, sondern auch bei den einschlägig bekannten Parks häuft sich der Abfall. Dies wird mir zu viel. (Sie verweist auf die Folie mit den Fotos vom 20. Mai, welche den Ausschlag für das dringliche Postulat gegeben haben).

://: Mit **24:10 Stimmen** wird das Postulat für **Dringlich** erklärt.

Christoph Morat, Präsident, informiert den Einwohnerrat nach § 77 der Geschäftsordnung über eine Protokollberichtigung vom 17. Januar 2007. Kurt Kneier, CVP-Fraktion, stellte den Antrag auf Änderung. Andreas Weis, Sekretär Einwohnerrat, hat die Kassette mit dem aufgenommenen Protokoll noch einmal abgehört und hat dies in Zusammenarbeit mit Kurt Kneier, CVP-Fraktion, berichtigt. Diesbezüglich wurde das Protokoll geändert.

Traktandenliste

Christoph Morat, Präsident, teilt mit, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde und fragt den Einwohnerrat an, ob es Änderungswünsche gibt.

://: Die Traktandenliste wird ohne Änderung bewilligt.

Christoph Morat, Präsident, erteilt das Wort Samuel Champion, SD-Fraktion, der gerne noch eine persönliche Erklärung zur letzten Sitzung abgeben möchte.

Samuel Champion, SD-Fraktion: Die ewig Gestrigen dachten, sie müssen eine Show abziehen, als ich an der letzten Sitzung zum ersten Mal teilnahm. Dazu gebe ich folgende Stellungnahme ab: Erstens ist diese Sache schon längstens verjährt, es ist bald 10 Jahre her. Zweitens haben diese Leute zwei nicht zusammenhängende Sachen vermischt und drittens habe ich kein grosses Interesse an diesen Kommissionssitzen. Falls sie meinen, es sei weltbewegend, wenn sie mir diese Kommissionssitze verweigern, dann ist mir das völlig egal. Dann möchte ich noch einmal zur Sache zurückkommen. Dazumal, als der Zeitungsartikel erschienen ist - Frau Vogt hat ihn ausnahmsweise einmal gebracht, dies war eine Sensation - wurde erstens das Hundegesetz geändert oder erneuert und zweitens ging es um die allgemeine Erhöhung des Bussenrahmens und nicht nur um die Erhöhung des Bussenrahmens des Hundegesetzes. Denn es wurde kurz vorher das Gemeindegesetz angenommen. Dort drinnen bekamen die Gemeinden die Kompetenz, den Bussenrahmen bis maximal CHF1000.00 zu erhöhen. Dies wurde vom Gemeinderat voll ausgenützt. Dazumal war Frau Greiner noch am Ruder und sie drängte darauf, den Bussenrahmen auf max. CHF 1000.-- zu erhöhen. Ich möchte noch sagen, dass ich weder Hundebesitzer noch Hundefreund bin und somit keine Interessen vertrete. Es ging mir damals um das Grundsätzliche. Guido Beretta dachte, ich müsse mich bei ihnen entschuldigen. Er hat eine falsche Meinung, es ist umgekehrt, ich muss mich nicht bei ihnen entschuldigen, sondern diejenigen, welche die Hände erhoben haben und zugestimmt haben, müssen sich beim Volk entschuldigen. Ihr habt das Volk nach Strich und Faden hintergangen. Ich möchte das Wahlplakat der FDP zitieren, dort steht gross geschrieben: „Wir vertreten Ihre Interessen“. Jetzt sollen sie sich den Spiegel vorhalten und sich fragen, welche Interessen sie vertreten. Aus meiner Sicht nur ihre eigenen.

265 01.030 Einwohnerrat
 01.024 Wahlbüro

1. Bericht des Gemeinderates vom 09.05.2007 betreffend Wahl eines Mitglieds in das Wahlbüro anstelle der verstorbenen Josette Aufrichtig für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30. Juni 2008), (Geschäft 3727).

Christoph Morat, Präsident, stellt fest, dass ein Vorschlag der SP mit Yvonne Steger-Bieri vorliege. Er fragt an, ob es weitere Kandidaturen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er fragt an, ob der Rat etwas gegen stille Wahlen einzuwenden hat. Dies ist auch nicht der Fall.

://: **Yvonne Steger-Bieri**, SP, wird in stiller Wahl als Mitglied in das Wahlbüro gewählt.

MITTEILUNG an:

Yvonne Steger-Bieri, SP (als Wahlanzeige)
Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Präsidium
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv.

266 01.030 Einwohnerrat

2. Bericht des Gemeinderates vom 09.05.2007 betreffend Nachrücken von Siro Imber, FDP-Fraktion, für den zurückgetretenen Hanspeter Frey-Rieder, FDP-Fraktion, in den Einwohnerrat, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008), (Geschäft 3725).

Christoph Morat, Präsident: **Siro Imber**, FDP- hat bereits seinen Platz eingenommen. Ich begrüsse sie recht herzlich im Einwohnerrat. Ich wünsche ihnen viel Glück und Erfolg für den Rest der laufenden Legislaturperiode.

://: Vom **Nachrücken des Siro Imber**, FDP-Fraktion, in den Einwohnerrat für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) **wird Kenntnis genommen.**

267 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal
 12.300 Abwasserentsorgung; Planung und Bau

3. Bericht des Gemeinderates vom 29.11.2006 und der Kommission für Gemeindeordnung und Reglemente gemeinsam mit der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen betreffend Totalrevision des Abwasserreglements, 2. Lesung, (Geschäft 3525/A).

Christoph Morat, Präsident, fragt den Rat an, ob neue Diskussionsbeiträge, neue Aspekte oder Anträge vorhanden sind und eröffnet die Diskussion.

DISKUSSION

Samuel Champion, SD-Fraktion: Ich habe zum Art. 16 des Abwasserreglements noch ein Anliegen. Es ist dort Verschiedenes unklar. Es sollte wahrscheinlich umgekehrt geschrieben sein. Wir müssen es nochmals anschauen, wenn wir soweit sind.

Christoph Morat, Präsident, fragt den Einwohnerrat an, ob es noch weitere Anliegen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er schliesst die Diskussion und bittet um die zweite Lesung.

2. Lesung der Totalrevision des Abwasserreglements durch **Felix Keller**, 2. Vizepräsident.

§ 1-15

Keine Wortmeldungen

§ 16 Abs. 2 lit. c mit Ergänzung gemäss Antrag der Kommissionen: „c. bei Verdacht auf Gewässerverschmutzung. *Erweist sich der Verdacht als unbegründet, übernimmt die Gemeinde die Kontrollkosten*“.

Samuel Champion, SD-Fraktion, bittet das Büro des Einwohnerrats Art. 16 nochmals vorzulesen.

Christoph Morat, Präsident, verweist auf die Beilage 2 des Geschäfts 3625 A und liest die Neufassung des Art. 16 der Verordnung zum Abwasserreglement vor.

Samuel Champion, SD-Fraktion, hat eine Frage zu lit. b: Dort heisst es doch weniger als 20%, es sollte doch mehr als 20% heissen?

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Ich möchte dazu keine Stellung nehmen. Denn es ist eine Verordnung, die durch den Gemeinderat erlassen worden ist und nicht durch den Einwohnerrat bestimmt und erlassen wird.

§ 17-25

Keine Wortmeldungen

§ 26 mit lit. b: Änderung gemäss Kommissionsantrag Faktor 0.80 anstatt 0.70.

Alice Märky, FDP-Fraktion: Ich möchte nochmals auf den Faktor 0.80 zurückkommen. Könnte man nicht den Faktor auf 0.70 belassen, damit man das Gewerbe unterstützen kann?

Christoph Morat, Präsident, verlangt einen Antrag, da darüber bereits in der letzten Sitzung beschlossen wurde.

Felix Keller, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion stellt hiermit den Antrag, dass dieser Faktor bei 0.70 belassen bleibt. Bei der ersten Lesung wurde mit 19:17 Stimmen der Faktor auf 0.80 hinaufgesetzt, das ist fast ein Zufallsmehr. Wir möchten die zweite Lesung dazu benutzen, dem Antrag des Gemeinderates mit 0.70 im Sinne der Wirtschaftsförderung zu folgen. Ich stelle den Antrag, den Faktor wieder auf 0.70 hinunterzusetzen.

Christoph Morat, Präsident, stellt fest, dass ein schriftlicher Antrag benötigt wird. Dieser wird umgehend von **Alice Märky**, FDP-Fraktion eingereicht.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion fragt das Büro an, ob es zulässig ist, über die gleiche Sache zwei Mal abzustimmen.

Christoph Morat, Präsident, antwortet: Wir stimmen nicht über die gleiche Sache ab, sondern wir stimmen jetzt über einen gestellten Antrag ab. Dieser ist nicht der gleiche, wie der Antrag der Kommissionen. Man kann immer wieder einen Antrag stellen. Der jetzige Antrag beinhaltet, dass der Faktor von 0.80 wieder auf 0.70 hinuntergesetzt wird. Diesen Antrag kann man selbstverständlich in einer zweiten Lesung stellen, für das ist die zweite Lesung auch da.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Wie Christoph Morat ausgeführt hat, ist es zulässig, aber es befremdet mich doch etwas. Wir haben dem Antrag der Kommissionen zugestimmt und jetzt will

man wieder darauf zurückkommen. D.h. der Rat stellt sich selber in Frage. Ich möchte das Büro anfragen, ob man einen Antrag auf eine dritte Lesung stellen kann. So kann man dieses Spielchen weiter treiben. Dann sind vielleicht wir wieder im Mehr. Ich finde solche Spiele unschön.

Christoph Morat, Präsident: Das ist Demokratie mit dem ganzen Risiko und man muss diesem Antrag stattgeben. D.h. es gibt zwei Lesungen für ein Reglement, es steht nirgends im Geschäftsreglement oder in der Gemeindeordnung etwas darüber, dass man mehrere Lesungen über ein Reglement abhalten muss. Ich möchte nun gerne über den Antrag der FDP abstimmen.

://: Mit **19:15 Stimmen** wird dem Antrag **stattgegeben**. Somit ist die Zonengewichtung für das Gewerbe wieder beim Faktor 0.70.

§ 27-36

Keine Wortmeldungen

Christoph Morat, Präsident, stellt die Anträge des Gemeinderats zur Totalrevision des Abwasserreglements vor:

1. Dem total revidierten Abwasserreglement vom 29. November 2006 wird mit den Änderungen von heute und den beschlossenen Änderungen der ersten Lesung zugestimmt.

://: Mit **25:6 Stimmen** wird dem Antrag 1 **zugestimmt**.

2. Das Reglement über die Abwasseranlagen vom 18. Mai 1988 wird aufgehoben.

://: Mit **30:4 Stimmen** wird der Antrag 2 **angenommen**.

3. Bei der Bau- und Umweltschutzdirektion Basel-Landschaft wird die Genehmigung des total revidierten Abwasserreglements beantragt.

://: Mit **30:3 Stimmen** wird der Antrag 3 **genehmigt**.

4. Das Postulat No. 3019 wird als erfüllt abgeschrieben.

://: Mit **31:2 Stimmen** wird Antrag 4 **angenommen**.

Christoph Morat, Präsident, führt die Schlussabstimmung durch.

://: Mit **27:3 Stimmen** wird in der Schlussabstimmung die total revidierte Version des Abwasserreglements **angenommen**.

268 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal
 12.400 Wasserversorgung; Planung und Bau

4. Bericht des Gemeinderates vom 29.11.2006 und der Kommission für Gemeindeordnung und Reglemente gemeinsam mit der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen betreffend Totalrevision des Wasserreglements, 2. Lesung, (Geschäft 3526/A).

Christoph Morat, Präsident, fragt den Rat an, ob neue Diskussionsbeiträge, neue Aspekte oder Anträge vorhanden sind und eröffnet die Diskussion. Dies ist nicht der Fall. Er übergibt das Wort **Felix Keller**, 2. Vizepräsident.

2. Lesung der Totalrevision des Wasserreglements durch **Felix Keller**, 2. Vizepräsident.
§ 1 - § 39

Keine Wortmeldungen

§ 40

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Gehe ich richtig von der Annahme aus, dass der Einwohnerrat in Zukunft nicht mehr über den Wasserpreis Ende Jahr befinden wird und dass der Gemeinderat in Zukunft den Wasserpreis festlegen kann?

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt: Grundsätzlich ist es so, weil die Wasserrechnung in sich aufgehen muss. D.h. man muss eine ausgeglichene Rechnung präsentieren. Damit hat man das Instrument um den Wasserpreis im Griff zu behalten. Der Einwohnerrat hat immer noch indirekt die Möglichkeit, darauf Einfluss zu nehmen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Besteht die Möglichkeit weiter, dass der Einwohnerrat Einfluss nehmen kann? Gibt es nicht mehr einfach eine Auflistung? Beispielsweise wurde mit dem Steuerfuss auch der Wasserpreis festgelegt.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt: In diesem Rahmen ist es nicht mehr möglich wie bisher. Aber selbstverständlich kann der Einwohnerrat durch Fragestellung die Erhöhung oder Senkung des Wasserpreises überprüfen und so Einfluss nehmen. Dies muss dann begründet werden. Aber da die Rechnung in sich aufgehen muss, kann man den Wasserpreis nicht beliebig anheben und senken.

Samuel Champion, SD-Fraktion: Wie weit ist die IWB an den Wassernetzen beteiligt?

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt: Im Moment beziehen wir IWB-Wasser zu 100 Prozent. D.h. wir kaufen das frische oder aufbereitete Trinkwasser von der IWB in Basel und verteilen es hier in Allschwil. Damit ist die IWB direkt als Anbieterin eingebunden. Wenn bei der IWB eine Preiserhöhung stattfinden würde, würde sich das auf unseren Wasserpreis auswirken.

Samuel Champion, SD-Fraktion: Die IWB macht ja Überschuss und es fließen von diesen Überschüssen jährlich ca. CHF 200'000.- – 300'000.- an die Gemeinden. Was passiert mit diesen Geldern?

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt: Wir bekamen gerade den Geschäftsbericht der IWB des Jahres 2006. Darin wird geklagt, dass die Gewinne eingebrochen und gegenüber den Vorjahren viel kleiner geworden sind. Dementsprechend wird auch die Gewinnausschüttung gegenüber den Gemeinden kleiner ausfallen, das kann man schon jetzt sagen.

§ 41- § 54

Keine Wortmeldungen

Peter Hauser, SVP-Fraktion möchte noch etwas verspätet auf § 35 zurückkommen: Ich habe eine Frage wegen den Wasseruhren. Wir haben es bereits in der Fraktion debattiert, aber ich möchte es noch einmal hier erklärt haben. Ich habe in der Obstanlage eine Wasseruhr für fliessendes Wasser. Ich brauche jedes Jahr zwischen 5-6 Kubikliter Wasser für den Garten, für den Rest nehme ich Regenwasser. Die Uhr gehört der Gemeinde und sie musste montiert werden. Der ganze Aufwand wurde bezahlt. Aber wie sieht es in Zukunft aus mit den Gebühren? Im Prinzip braucht es gar keine Wasseruhr. Es gibt noch andere, die gar keine Wasseruhr brauchen, denn sie haben ein Gartenhäuschen und nehmen das Regenwasser.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt: Wer über einen Wasseranschluss verfügt, hat selbstverständlich auch einen Wasserzähler. In Zukunft wird darauf eine Grundgebühr erhoben. D.h. man wird auf dem Wasserzähler eine Grundgebühr haben und diese bemisst sich nach der Grösse der Wasseruhr. Eine kleine Wasseruhr kostet weniger pro Jahr und die grossen Wasseruhren für Gewerbe und Industrie kosten mehr. Dies entspricht auch den echten Kosten des Wassernetzes. Wenn man kein Wasser bezieht, fällt die Grundgebühr vom Zähler trotzdem an, dafür reduziert sich die gebrauchtsabhängige Gebühr entsprechend. Wir haben auch im Preisreglement dargestellt, dass nach der Einführung der Grundgebühr der Wasserpreis wieder sinken wird. Damit haben wir insgesamt wieder eine ausgeglichene Wasserrechnung. Wir werden mit der Gebührenänderung keine Preisanpassung vornehmen. Das Wasser bleibt über ganz Allschwil ausgemittelt gleich teuer.

Christoph Morat, Präsident, erkundigt sich, ob es noch weitere Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er stellt die Anträge des Gemeinderats zur Totalrevision des Abwasserreglements vor:

1. Dem total revidierten Wasserreglement wird zugestimmt.

://: Mit **34:1 Stimmen** wird dem 1. Antrag **zugestimmt**.

2. Das Wasserreglement vom 16. Oktober 1974 wird aufgehoben.

://: Mit **34:1 Stimmen** wird der 2. Antrag **genehmigt**.

3. Der Bau- und Umweltschutzdirektion wird beantragt, das Wasserreglement zu genehmigen.

://: Mit **34: 1 Stimmen** wird dem 3. Antrag **zugestimmt**.

Christoph Morat, Präsident, führt die Schlussabstimmung durch.

://: Mit **34:1 Stimmen** wird in der Schlussabstimmung die Totalrevision des Wasserreglements **genehmigt**.

269 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal
 04.044 Musikschule (MS)

5. Bericht des Gemeinderates vom 14.03.2007 betreffend Teilrevision des Jugendmusikschulreglements, 2. Lesung, (Geschäft 3687).

Christoph Morat, Präsident: Ich frage den Rat auch hier an, ob neue Diskussionsbeiträge, neue Aspekte oder Anträge vorhanden sind. Dies ist nicht der Fall. Er übergibt das Wort **Felix Keller**, 2. Vizepräsident.

2. Lesung der Teilrevision des Jugendmusikschulreglements durch **Felix Keller**, 2. Vizepräsident.

§ 1- § 14
Aufgehoben

Keine Wortmeldungen

§ 16- § 20
Aufgehoben

Keine Wortmeldungen

Christoph Morat, Präsident, stellt die Anträge des Gemeinderats zur Teilrevision des Jugendmusikschulreglements vor:

1. Das Jugendmusikschulreglement der Einwohnergemeinde Allschwil vom 15. Februar 1995 wird teilrevidiert.

://: Mit **36:0 Stimmen** wird dem 1. Antrag **zugestimmt**.

2. Die §§ 1 bis 14 und 16 bis 20 werden aufgehoben.

://: Mit **35:1 Stimmen** wird dem 2. Antrag **zugestimmt**.

3. Die Teilrevision ist der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion Basel-Landschaft zur Genehmigung vorzulegen.

://: Mit **35:1 Stimmen** wird dem 3. Antrag **zugestimmt**.

4. Die Teilrevision tritt auf den 13.08.2007 in Kraft.

://: Mit **35:1 Stimmen** wird der 4. Antrag **genehmigt**.

Christoph Morat, Präsident, führt die Schlussabstimmung durch.

://: Mit **35:1 Stimmen** wird in der Schlussabstimmung die Teilrevision des Jugendmusikschulreglements **genehmigt**.

270 01.030 Einwohnerrat
01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal

6. Motion vom 25.04.2007 von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend „Schriftliche Beantwortung von Interpellationen“, (Geschäft 3724).

Josua Studer, SVP-Fraktion: Fehler sind da, um gemacht zu werden. Grundsätzlich ist es ja so: Wenn man eine Reglementsänderung wünscht, reicht man eine Motion ein. Nur sind wir jetzt in der Hitze des Gefechts über das Geschäftsreglement des Einwohnerrats gestolpert, es braucht nämlich eigentlich ein Verfahrenspostulat. Ich bitte sie, dies zu berücksichtigen und die Motion in ein Verfahrenspostulat zu ändern.

Christoph Morat, Präsident, erklärt sich einverstanden und erkundigt sich, ob noch Ausführungen oder Begründungen zum Verfahrenspostulat zu machen sind.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Grundsätzlich habe ich in der dazumal eingereichten Motion alles schon niedergeschrieben, um was es sich handelt und was die Beweggründe sind. Ich denke es ist genug umschrieben. Es geht jetzt nur darum, ob das Büro bereit ist, das Verfahrenspostulat entgegenzunehmen oder nicht.

Christoph Morat, Präsident: Das Büro ist bereit die Motion als Verfahrenspostulat zu prüfen und dann allenfalls dem Einwohnerrat wieder einen Antrag zu stellen. Ich möchte über das Verfahrenspostulat abstimmen.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Wenn es eine Abstimmung gibt, dann möchte ich die Meinung der FDP-Fraktion dazu darlegen. Der Landrat hat am 19. April 2007 über eine ähnliche Motion abgestimmt. Es ging um die Frage, ob man eine schriftliche Antwort verlangen kann. Denn im Landrat ist es nicht so, dass es eine schriftliche Antwort geben muss. Wenn man den Regierungsrat um eine schriftliche Antwort ersucht, dann bekommt man diese in der Regel auch. Und so wie das Verfahrenspostulat formuliert ist, braucht es jedes Mal eine schriftliche

Antwort. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass dies unnötig viel Aufwand geben könnte, da es viele Sachverhalte gibt, die man einfach beantworten kann und wo eine mündliche Antwort ausreicht. Wir sind uns bewusst, dass für die Milizparlamentarier die Arbeit nicht immer einfach ist und dass es mit schriftlichen Unterlagen einfacher wäre. Darum könnte man sicher auch ein ähnliches Verfahren wie im Landrat anwenden, nämlich wenn eine schriftliche Auskunft erwünscht ist, es diese auch gibt. Aus diesen Gründen sind wir der Meinung, dass man das Verfahrenspostulat ablehnen sollte.

Christoph Morat, Präsident: Wir als Empfänger sind bereit das Verfahrenspostulat entgegenzunehmen und zu prüfen. Die Spielregeln im Einwohnerrat sind dieselben wie bei der Überweisung an den Gemeinderat, es gibt keine Diskussion. Wir kommen zur Abstimmung.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Grundsätzlich ist es so, dass wenn ihr bereit seid etwas entgegenzunehmen und es kein Gegenantrag gibt, ihr es ohne Abstimmung entgegennehmen müsst. Den Ausführungen von Siro Imber und der FDP kann ich in einem gewissen Sinn folgen. Aber wir haben laut unserem Geschäftsreglement gar nicht die Möglichkeit, eine schriftliche Beantwortung zu beantragen, weil es klar heisst: Der Gemeinderat gibt mündlich Antwort. Und dann kann ich nicht einfach von mir aus verlangen, dass es schriftlich beantwortet wird. So verstehe ich das. Ansonsten muss ich das Verfahrenspostulat noch etwas umschreiben, so dass das Büro uns beantragen könnte, dass man die Möglichkeit der schriftlichen Beantragung hat, aber weiterhin beim Mündlichen bleiben würde. Aber eine Abstimmung sehe ich als nicht gegeben, solange kein Gegenantrag in offizieller Form besteht.

Christoph Morat, Präsident: Es kam der Gegenantrag von **Siro Imber**, FDP-Fraktion, das Verfahrenspostulat nicht zu unterstützen.

Siro Imber, FDP-Fraktion: In diesem Fall ziehen wir unseren Antrag zurück und lassen es ans Büro überweisen.

Christoph Morat, Präsident: Dann nehmen wir das Verfahrenspostulat so entgegen und werden ihnen an einer der nächsten Sitzungen darüber berichten.

271 12.200 Freizeit/Sport/Grünanlagen; Planung und Bau

7. Postulat vom 14.03.2007 von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, betreffend „Hinweis- und Gebotstafeln“, (Geschäft 3718).

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Diejenigen, welche sich ab und zu in die Ziegelei, ins Naturschutzgebiet „Sporn“ oder in das Naturschutzgebiet „geologisches Denkmal“, welches auch gerade in der Nähe ist, verirren, werden Zeugen von wilden Szenarien. Regelmässig wird im „Sporn“ ein Hundetraining veranstaltet, sei dies mit Apportübungen oder sogar Kampfhundetraining. Weiter wird frisch fröhlich grilliert, gerade neben dem frisch geschaffenen Insektenhäuschen, was nicht sehr förderlich ist. Anscheinend weiss die Bevölkerung nicht, dass es sich beim „Sporn“ um ein Naturschutzgebiet handelt, in das die Gemeinde sehr viel Geld investiert hat. Darum möchte ich den Gemeinderat einladen zu prüfen, ob es nicht möglich ist, ähnlich wie im Naturschutzgebiet „geologisches Denkmal“, Hinweis- und Gebotstafeln aufzustellen, welche ganz klar das Gebiet als Naturschutzgebiet erkenntlich machen und welche zusätzlich darauf hinweisen, was dort verboten oder geboten ist. Sprich: Feuerverbot, Blumenabreissverbot, Camping-Verbot etc. Es geht darum, dass das investierte Geld der Gemeinde ein gutes „Payback“ gibt und sich möglichst viele Tiere und Pflanzen dort ansiedeln können.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt: Mir ist natürlich bekannt, dass in diesem ehemaligen Ziegeleiareal vor vielen Jahren noch eine sehr unberührte Landschaft war. Seit aber letztes Jahr sehr viel gebaut wurde - im Nachbarareal sind Geschäfte und Wohnräume entstanden, es gibt sehr viele Leute, die dort zirkulieren - hat natürlich der Druck

auf das Naturschutzgebiet zugenommen. Wir haben jetzt dort auch neue Wege erstellt, d.h. es hat eine Öffnung im Zaun und das Areal ist gut zugänglich. Deshalb hat der Gemeinderat bereits letztes Jahr im Budget 2007 ein Betrag von CHF 1'500.- bereitgestellt, mit welchem wir Hinweistafeln in das Naturschutzgebiet stellen wollen. Das Ökoberatungsbüro Marcel Amstutz von Arlesheim ist bereits beauftragt, solche Tafeln mit einem Verhaltenskodex zu erstellen und diese wollen wir noch bis Ende Juli 2007 errichten. Der Antrag scheint in diesem Fall unnötig zu sein, denn es läuft bereits das Verfahren und es wird bis Ende Juli fertig gestellt sein. Ich bitte sie deshalb, dass Postulat abzuweisen.

Rolf Adam, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion unterstützt den Gemeinderat und betrachtet das Postulat von **Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion als erledigt.

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion: Wieso kann man das Postulat nicht überweisen und gleichzeitig als erledigt abschreiben? Ich finde es viel deutlicher, als wenn es nur abgewiesen wird. Denn Abweisen lässt darauf schliessen, dass man nicht einverstanden ist. Wenn man das Postulat hingegen überweist und abschreibt gibt man ganz deutlich zur Kenntnis, dass der Gemeinderat bereits gearbeitet hat. Soll ich dies schriftlich als Antrag einreichen oder genügt es als „Statement“?

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Schulklassen leisten dort oben im „Sporn“ regelmässig Putzarbeit. Sie entfernen Dornbüsche und andere Sachen. Wir haben vor zwei Monaten mit 40 Schülern und Schülerinnen eine Sammelaktion gemacht. Sammelbehälter, welche die Verwaltung/der Werkhof hingestellt hatte, haben nicht ausgereicht. Wir haben Büchsen, Pet und alles Mögliche dort drinnen aufgelesen und zwar kubikmeterweise. Nebst zerlegten Velos und Scheibenwischer der Autos - wie die dort hinkommen, weiss ich auch nicht - haben wir noch andere Sachen gefunden. Es braucht nicht nur Hinweisschilder, es braucht dringend einen Robby Dog. Von diesen Säcken haben wir mehrere aufgelesen, es braucht dringend Abfallbehälter für die Reste der Menschen. Mit Hinweistafeln ist gar nichts gewonnen.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion ist mir etwas zuvor gekommen. Von SVP-Seite wollten wir auch vorschlagen, dass wir das Geschäft überweisen und im Vertrauen auf den Gemeinderat abschreiben. Umgekehrt kann man sich auch fragen, wieso die Hinweistafeln noch nicht aufgestellt sind, wenn die Situation dort oben so ist. Denn wir haben das Geld schon lange dafür ausgesprochen, es hiess ja, dass es bereits im Budget drinnen war. Wir müssen schon aufpassen, dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Dort oben muss allgemein für Ordnung gesorgt werden und das kann man nicht nur vor Ort mit einem Robby Dog machen. Das sieht man ja auch auf der Strasse, dass es nichts nützt. Es braucht eine bessere Erziehung und Nachhaltigkeit, wenn man jemanden erwischt. Mein Tipp ist, dass, wenn man jemanden erwischt, er Liegenstützen machen soll, bis er nicht mehr kann.

Alice Märky, FDP-Fraktion: Es ist traurig, dass unsere Gesellschaft den Dreck einfach überall liegen lässt. Wir schenken aber das Vertrauen dem Gemeinderat, damit er wirklich etwas macht. Das Anliegen von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion ist wirklich berechtigt. Es ist verrückt, dass wir uns mit dem so auseinandersetzen müssen und dass sogar Schüler soviel Dreck zusammen suchen müssen. Ich denke, wir können das im Vertrauen auf den Gemeinderat überweisen.

Christoph Morat, Präsident, bestätigt, dass ein Antrag von Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion besteht, um das Postulat gleichzeitig zu überweisen und abzuschreiben. Er fragt den Gemeinderat an, ob er bereit dazu ist.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt: Selbstverständlich ist das gleichwertig, wenn sie bereit sind das Postulat gerade abzuschreiben.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Damit bin ich auch einverstanden.

::: Das Postulat wird **einstimmig überwiesen** und **abgeschrieben**.

8. Postulat vom 25.04.2007 von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, betreffend „Fussweg von der Tramhaltestelle Gartenstrasse via Bachgraben/Robinsonspielplatz zum Hegenheimermattweg“, (Geschäft 3723).

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich habe das Postulat gemacht, weil an mich herangetragen wurde, dass immer mehr Leute den Fussweg von der Tramhaltestelle Gartenstrasse via Gemeindepark, am Bachgraben entlang, vom Begegnungszentrum/Jugendfreizeithaus zum Hegenheimermattweg benutzen. Das sind vor allem Leute, die dort am linken Ufer des Bachgrabengebiets arbeiten. Aber es sind nicht nur diese Leute, die dort arbeiten, sondern es sind auch sehr viele Kinder und Jugendliche, die ins Begegnungszentrum oder Jugendfreizeithaus gehen. Auch Kinder, die zum Fussballplatz im Brüel gehen, benutzen diesen Weg. Denn der Weg am Grabenring und dem Hegenheimermattweg entlang ist wirklich sehr unattraktiv. Es hat stehende Autokolonnen, es stinkt und ist fast unzumutbar. Die Leute gehen aus diesem Grund den Bachgraben entlang. Am Bachgraben ist der Weg praktisch ganz befestigt und hat einen Belag. Aber bei der Abzweigung zum Begegnungszentrum bis zum Hegenheimermattweg ist der Weg nicht befestigt. Wenn es regnet, ist dort ein „Matsch“. Zusätzlich müssen die Leute in den Wintermonaten, wenn es am Morgen nass, kalt und dunkel ist, den Weg im Dunkeln begehen oder können ihn deswegen gar nicht mehr begehen. Darum stelle ich dem Gemeinderat den Antrag zur Überprüfung, ob man den Weg entlang des Begegnungszentrums nicht beleuchten und befestigen könnte.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt: Eine Verkehrsstudie hat gezeigt, dass im Arbeitsplatzgebiet Bachgraben 14% der Mitarbeiter mit dem Velo oder zu Fuss zum Arbeitsplatz gehen. Zwischen dem Grabenring und der Parkallee ist eigentlich keine Querung vom Bachgraben aus möglich. Deswegen liegt es sehr auf der Hand, dass wir diesen Weg bezüglich Beleuchtung und Ausbau überprüfen, damit wir diese Verbindung, die wirklich Sinn macht, sicherstellen. Dies hat nicht nur den Vorteil, dass damit die Attraktivität für Fussgänger und Velofahrer erhöht wird, sondern gleichzeitig wird die Attraktivität generell erhöht, da der Weg viel schöner ist, als wenn man den Umweg über den Bachgraben machen muss. Ich schlage ihnen vor, das Postulat zu überweisen. Wir nehmen es gerne entgegen.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Ich stelle einen Gegenantrag, so dass die Diskussion möglich wird. Der Gegenantrag ist, dass man keine Beleuchtung am Bachgraben macht.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Es gibt immer Wünsche der Leute, Mathilde Oppliger. Wenn jemand an dich mit dem Wunsch herangetreten ist, dass dort unbedingt Licht installiert werden muss, so gibt es noch viele andere Wünsche. Ich bin der Meinung, die Gemeinde Allschwil ist jetzt schon finanziell nicht so gut gestellt und wer sich jede Animosität leisten will, der kann das, aber bitte nicht auf Kosten der öffentlichen Hand. Im Sommer ist es in der Regel hell und es ist im Dunkeln auf diesem Weg kein Problem hindurchzugehen ohne dass man gegen einen Baum läuft. Unter anderem ist es so, dass verantwortliche Velofahrer, wenn es gegen den Herbst zugeht, normalerweise Licht am Velo haben und die Fussgänger sehen. Grundsätzlich muss man auf Naturwegen keine Angst haben überfallen zu werden. Denn meistens kommt in bewohnten Gebieten der böse Räuber und macht sich an Frauen heran. Was mich zusätzlich etwas stört, ist, dass das Begegnungszentrum wieder erwähnt wurde. Es ist wirklich ein Fass ohne Boden. Das sind jetzt Ausgaben, welche vielleicht für gewisse Seiten wünschenswert sind, auf die der Gemeinderat aber verzichten kann. Sonst kommen noch mehr solche Wünsche auf euch zu und ihr könnt zu nichts mehr Nein sagen. Allschwil versinkt dann in Schulden.

Basil Kroepfli, SVP-Fraktion: Ich weiss nicht genau, wo die bösen Räuber auflauern, aber wir sind trotzdem gegen das Postulat. Einerseits befürchten wir die Kosten, die sicher auf uns

zukommen werden. Andererseits geht der Charakter von diesem zugegebenermassen schönen Weg verloren, wenn man ihn einfach befestigt, dort Velos durchfahren lässt, quasi einen Veloweg macht und dort auch noch eine Beleuchtung installiert. Es wäre dann nicht mehr ein schöner Weg am Wald entlang, sondern ein befestigter Veloweg.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Ich bin nicht ganz schlau geworden, welcher Weg hier genau gemeint ist. Ist es wirklich dieser Weg, der am Bach entlang geht oder ist es ein anderer? Könnte man aufzeigen, um was es hier geht, was beleuchtet und befestigt werden soll?

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt: Der Weg, welcher heute noch nicht besteht, würde von den Wegmatten quer zum Bachgraben am Robi-Spielplatz vorbei auf den Hegenheimermattweg gehen. Es wäre eine gerade Verbindung vom Gemeindezentrum zum Bachgrabengebiet hinüber. Es geht hier um die Attraktivität von Allschwil. Wir müssen einen Autofahrer dazu überreden können, anstatt mit dem Auto, mit dem Velo ins Bachgrabengebiet zu fahren, dann haben wir auch im Bachgrabengebiet weniger Stau. Deshalb begrüsse ich das Postulat sehr.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Selbstverständlich finde ich das eine gute Idee. Ich habe das auch so ausgelegt, dass der Weg entlang des jetzigen Elefantenackers quer über den Bachgraben geht, so dass es ähnlich wie beim Altersheim einen Weg/eine Traversierung gibt. Ich möchte das Postulat gerne unterstützen.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Ich bin froh, dass der Gemeinderat Robert Vogt dies noch genau erklärt hat. Denn wenn ich das Postulat genau lese, handelt es sich um einen bestehenden Weg. Beim alten Weg hätte ich schon Mühe gehabt, denn es gibt bereits einen Veloweg, der nach vorne führt. Es wäre eine Sünde und schade, wie Basil Kroepfli gesagt hat, wenn man den Weg am Bachgraben entlang teeren müsste. In diesem Fall müsste man das Postulat schon anpassen und sagen, dass es sich um einen neuen Weg handelt und nicht der alte Weg befestigt wird.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Das Postulat wurde so geschrieben und der Gemeinderat macht bereits Ergänzungen mit einem zusätzlichen Weg quer über die Wegmatten. Somit teilt man die Wegmatten bereits wieder, macht etwas darauf und wenn man dann vielleicht in 20 oder 30 Jahren etwas auf den Wegmatten machen möchte, geht es nicht, weil der Weg bereits dort ist. Es hiess, dass man vom Tram her, um ins Industriegebiet zu gelangen, dem Bachgraben entlang geht. Dies kann ich noch nachvollziehen, dass die Leute diesen Weg benutzen. Aber ich glaube kaum, dass sie den Baselmattweg abgehen. Dies würde bedeuten, dass sie bei der Tramhaltestelle zuerst wieder zurück und dann hinunter gehen. Wenn überhaupt, dann gehen sie quer über alles hinein, wenn sie nicht dem Bachgraben entlang gehen. Das ist nicht das Erwünschte. Wenn wir dort einen Weg machen, dann ist es wirklich ein Veloweg, denn wir wissen, dass die Velofahrer überall durchfahren.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Es ist ein Postulat, gibt uns doch die Chance mit diesem Postulat zu arbeiten und zur Verbesserung der Situation beizutragen. Wir haben eine Verkehrsstudie auf dem Tisch, dort drinnen wird uns, zur Entlastung der Verkehrssituation in Allschwil, vorgeschlagen, vor dem Bau der Süd- Umfahrung im Jahre „2000-und-irgendwann“, auch den Langsamverkehr zu fördern. Wieso müssen wir jetzt schon im Detail diskutieren, wo dann die Trasse-Führung dieses Weges durchgeht. Wir werden genug Phantasie haben, um ihnen zwei oder drei Vorschläge machen zu können und dann können wir diese hier im Einwohnerrat diskutieren.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Meine Idee war es, dass man den bestehenden Fussweg benutzen würde. Aber das war meine Idee, ich übergebe das dem Gemeinderat und sie haben sicher noch weitere und andere Ideen, was man hier machen könnte. Das Begegnungszentrum habe ich nur darum erwähnt, weil der Weg dort vorbei führt. Sonst hat dies mit dem Begegnungszentrum überhaupt nichts zu tun, Bruno Steiger. Vor bösen Männern im Wald habe ich keine Angst, aber man könnte z.B. auch einen Unfall bauen, wenn man in der Nacht dort

hindurch geht. Es benützen auch Kinder und Jugendliche diesen Weg und dann ist es sicher ein Sicherheitsaspekt, wenn es ganz dunkel ist.

Peter von Arx, SVP-Fraktion: Ich finde den Vorschlag von Mathilde Oppliger gar nicht so schlecht. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es für die Befestigung des Weges verschiedene Möglichkeiten gibt und eine davon heisst „Begriening“. Ich meine „Begriening“ nicht mit ü, sondern mit ie, d.h. mit Steinen. Damit hätte man auch die Möglichkeit, die Landschaft zu entlasten und der Wasserablauf wäre dementsprechend reguliert. Mit der Beleuchtung bin ich auch nicht einverstanden, wenn man das machen würde.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Lasst mich bitte ein Missverständnis aus dem Weg räumen. Befestigung wurde im Zusammenhang mit Teeren gebracht, das ist falsch. Ein gekiefter Weg ist genau gleich befestigt wie ein gemergelter Weg, wie dies die Wege entlang des Bachgrabens sind. Der einzige bestehende Weg, welcher noch nicht befestigt, sondern eben schlammig, ist der Querweg, welcher vom Bachgraben hinunter, zwischen dem Jugendfreizeithaus und dem Freizeithaus nach vorne kommt. Insofern spricht nichts gegen Befestigen, da wir nicht von Teeren sprechen. Ich möchte beliebt machen, das Postulat zu überweisen und dem Gemeinderat die Freiheit zum Prüfen und zum Berichten zu lassen. Wir freuen uns auf die noch viel besseren Vorschläge, die anlässlich der Überprüfung zustande kommen werden.

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Peter von Arx, SVP-Fraktion, sagte, dass er gegen das Licht und die Beleuchtung sei. Aber gerade das ist besonders wichtig, denn das Freizeithaus ist ein öffentliches Gebäude und ich will es bewusst sagen: Es braucht eine Beleuchtung, denn es ist früh dunkel und es ist auch am Morgen lang dunkel. Für alle diese Anlaufstellen, die dort geschaffen wurden, braucht es eine gute Beleuchtung. Auch die Trennung zwischen Freizeithaus und Jugendfreizeithaus muss beleuchtet werden, sonst wird das dort hinten ein bisschen eine „ungemütliche“ Ecke.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Wir haben vor noch nicht langer Zeit vom Bachgraben als ausserordentliches Insektengebiet gehört. Ich möchte vor einer Beleuchtung am Bachgraben warnen, denn wie man weiss, suchen die Insekten das Licht und fliegen um die Lampen herum bis sie nicht mehr können. Eine Beleuchtung des Bachgrabens kommt für mich nicht in Frage und ich werde alle Hebel in Gang setzen, dass das nicht zustande kommt. Nach dieser erfolgreichen Rodungsaktion am Bachgraben ist es ja auch nicht mehr so gefährlich, denn es hat fast keine Bäume mehr. Ich habe noch vier alte Holzbäume gezählt. Dort hat es genug Licht, es braucht keine Beleuchtung.

Alice Märky, FDP-Fraktion: Es handelt sich doch hier um ein Postulat. Die Gemüter sind erhitzt. Geben wir doch zuerst dem Gemeinderat eine Chance und schauen wir, was sie uns vorlegen. Dann hat es immer noch genug Zeit um darüber zu diskutieren. Wir können dies doch abschliessen.

Peter von Arx, SVP-Fraktion: Ich glaube, es ist für die Entscheidungsfindung des Gemeinderates wichtig, dass er ungefähr weiss, wie die Stimmung im Einwohnerrat ist. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass man keine Beleuchtung dort haben sollte. Die Beschäftigten, die am linken Bachgrabenufer arbeiten, sollten davon profitieren können. Wenn man jetzt sagt: Es ist länger Nacht als Tag, so stimmt es nicht, denn es ist je nach Saison verschieden. Wenn zur Befestigung auch Kies genügt, so ist das absolut in Ordnung und kostet nicht so viel, ist jedoch effizient.

Christoph Morat, Präsident, hält fest, dass die Rednerliste erschöpft und die Diskussion somit beendet ist. Es wird die Abstimmung durchgeführt.

://. Mit **26:8 Stimmen** wird das Postulat **überwiesen**.

273 13.110 Abfallbeseitigung
12.220 Freizeit/Sport/Grünanlagen; Betrieblicher Unterhalt

9. Interpellation vom 15.11.2006 von Andreas Bammatter und Claude Rothen, beide SP/EVP-Fraktion, betreffend „Unterhalt und Pflege der Wegmatten“, (Geschäft 3693).

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt: Bei den Wegmatten ist es nicht das erste Mal, dass wir Fragen beantworten müssen. Es geht mehr oder weniger um die Entwicklung des heute brach liegenden Wegmattenareals. Es wird dort viel gemacht, es werden dort selbstverständlich auch die Bäume und die Büsche geschnitten. Es erfolgt also ein Unterhalt und wie sie unlängst festgestellt haben, haben wir drei Bänke am Rand des Bachgrabens aufgestellt. Wir wissen auch, dass im Wegmattenareal sehr viel Abfall liegen gelassen wird. Das „Littering“ kennen wir auch im Wegmattenareal. Es gibt dort auch häufig Reklamationen wegen Lärmbelästigung. Dennoch und nicht zuletzt auch wegen den Sporbemühungen ist der Gemeinderat der Meinung, dass wir dort nicht viel mehr machen wollen. Es soll also im heutigen Zustand bleiben und nur geringfügige Veränderungen werden dort stattfinden. Ein wichtiger Grund ist natürlich auch, dass während der Euro 2008, die Wegmatten unter Umständen als Platz für eine Veranstaltung genutzt werden könnte. Selbstverständlich haben wir noch keine Entscheidung getroffen und ich möchte dies nicht vorweg nehmen, aber wir wollen uns auch nichts verbauen. Wir möchten deshalb von 2006-2010 alle Optionen offen behalten. Aus meiner Sicht ist dies gar nicht so schlecht für die Natur. Wir haben ein Stück Brachland und wir haben schon Ideen, welche der Bevölkerung und dem Naturschutz entgegenkommen. Wir könnten verschiedene Ideen, wie Bäume pflanzen oder Fruchtkulturen errichten, dort verwirklichen. Aber wir werden sie, bevor wir so etwas machen, im Einwohnerrat orientieren.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Vielen Dank! Wir durften einige Sitzungen warten bis es behandelt wurde. Es wurde nun gegenüber dem Zeitpunkt, als die Interpellation eingereicht wurde, aktualisiert. Es war im Allschwiler Wochenblatt, herzlichen Dank! Die Bänke wurden freudig entgegengenommen, das möchte ich noch einmal betonen. Ich bin nicht der Einzige, welcher diese schätzt, sie werden von morgens früh bis abends spät benutzt. Sie sind also kein Luxus. Es ist auch nicht etwas, was man so spät hätte installieren sollen. Weiter wurden auch die Bäume geschnitten, dies war dazumal, als die Interpellation eingereicht wurde, noch nicht der Fall. Schliesslich: Die Wege, man sieht es auf den Fotos vom 30. September, wie die Wege ausgesehen haben. Ich finde es toll, dass der Gemeinderat die Wunden etwas heilen lässt und macht, was im Sinne der Bevölkerung auch wirklich nötig ist. Anregen möchten wir, im Namen von Claude Rothen und mir, dass die Parzelle für einen gewissen Benutzerteil etwas kleiner wird, damit der andere Benutzerteil die Parzelle wieder brauchen kann. Hier kann man mit ganz wenig Geld etwas machen, so dass die Vierbeiner und die Fussballer ihren Teil haben und der Rest auch noch etwas hat. Ich freue mich auf die weitere Entwicklung. Das Einzige, was ich nicht gerne hätte, wäre, wenn bei der Euro 08 alle Bäume gefällt werden.

Christoph Morat, Präsident: Wir fahren weiter und kommen zum **Dringlichen Postulat** der **Franziska Pausa**, SP/EVP-Fraktion, betreffend „Littering 2007“, (Geschäft 3729)

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Dringend ist es für mich, da wir letztes Jahr eine gute „Littering-Kampagne“ aufgebaut haben. Dieses Jahr aber habe ich das Gefühl, da wir viele schöne Wochen hatten, dass das „Littering“ wahnsinnig zugenommen hat. Vorher hat **Josua Studer**, SVP-Fraktion, die Erziehung angesprochen. Ich nehme an, dass er die Kinder gemeint hat. Aber die Kinder werden erzogen, sie werden mit Jean-Jacques Winter dort hinauf geschleppt um aufzuräumen. Auf alle Fälle hat es auch riesige Abfallsäcke, welche die Erwachsenen irgendwo abstellen. Dies hat überall extrem zugenommen. Es ist so, dass sogar

die Flurpolizisten zu kämpfen haben und dass sie es zu zweit schlichtweg mit Herumgehen und Herumfahren nicht in den Griff bekommen. Dazu haben sie einfach zu wenig Zeit und Kapazität. Darum ist es mir ein Anliegen, dass man jetzt einfach die Leute zwingt, ihre Sachen dort zu entsorgen, wo es sich gehört. Sei dies mit Abfallmarken oder mit anderen Mitteln, so wie wir es gelernt haben. Ich möchte es Dringlich haben, da dieser Sommer ein sauberer Sommer werden soll.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste-Sicherheit: Zuerst möchte ich klarstellen, dass es in dieser Diskussion nur noch um die Überweisung und nicht mehr um die Dringlichkeit geht. Es geht darum, ob der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Der Gemeinderat ist sehr gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Das Problem ist bekannt, wobei die Meinung besteht, dass das angesprochene Thema weniger das vom „Littering“ als solches ist, sondern mehr das Thema vom illegalen Deponieren von Abfall an Sammelstellen und an sonstigen neuralgischen Orten ist. Der Gemeinderat möchte gerne die Optik bei der Überprüfung des Postulats noch etwas öffnen und sich auch auf andere Möglichkeiten besinnen. Also nicht nur prüfen, wie das mit diesem Monitoring funktioniert und was für Wirkungen zu erwarten sind. Sondern der Gemeinderat möchte auch andere Massnahmen ins Auge fassen und prüfen, ob diese möglich wären wie z.B. Videoüberwachung. Man muss sich auch bei anderen Gemeinden erkundigen, vielleicht findet man irgendwo etwas, was Erfolg bringt.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Grundsätzlich habe ich nichts mehr zu sagen, da der Gemeinderat das Postulat entgegennehmen möchte.

://: Mit **32: 2 Stimmen** wird das Dringliche Postulat „Littering 2007“ von Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion (Geschäft 3729), dem Gemeinderat überwiesen.

FRAGE-STUNDE

Christoph Morat, Präsident, stellt die Frage von **Josua Studer**, SVP-Fraktion vor: „Öl in der Dole beim Restaurant Schlüssel.“ Im Allschwiler Wochenblatt vom 27. April 07 ist ein Leserbrief veröffentlicht, in welchem beschrieben wird, wie unverfroren Öl beim Restaurant Schlüssel in eine Dole geleert wird. Laut Inhalt des Leserbriefes haben diesen Vorgang mehrere Personen gesehen.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt, berichtet:

1. Wurde eine Anzeige wegen Umweltverschmutzung eingereicht?

Aufgrund dieses Falles wurde die Kantonspolizei Basel-Landschaft aktiv und hat eine Anzeige wegen Verstoss gegen das Umweltschutzgesetz erstattet. Es ist eindeutig ein Vergehen und wird vom Statthalteramt aus verfolgt.

2. Wurde die Gemeinde selber aktiv in dieser Angelegenheit?

Nein, das ist nicht nötig. Denn nach unseren Abklärungen hat ja die Kantonspolizei das Verfahren eingeleitet. Es ist nicht nötig, dass mehrere Institutionen nachdoppeln. Das Verfahren läuft jetzt vollautomatisch.

3. Wurde der Wirt in dieser Sache kontaktiert?

Nein, nicht von uns. Es erfolgte aber ein Gespräch zwischen der Kantonspolizei und dem Wirt. Und diese haben abgeklärt, dass im Restaurant eine Separatsammlung offenbar besteht. Diese wurde aber trotzdem missachtet. Wir wissen bis jetzt noch nicht warum. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass keine weiteren Schritte nötig sind.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Bitte verstehen sie mich richtig. Diese Fragen habe ich gestellt, weil es sonst, auch im AWB, zu keinen Reaktionen kam. Es kam kein Gegenleserbrief und es war allgemein im Dorf auch kein Gesprächsthema. Deshalb wollte ich das heute ansprechen, denn ich finde, es ist sehr wichtig. Es sind einfach Sachen, bei denen jeder weiss, dass es nicht drinnen liegt. Ich bin nicht derjenige, der will, dass jemand wahnsinnig bestraft wird, sondern dass etwas dagegen gemacht wird, damit es eine abschreckende Wirkung hat und es keine Nachahmer gibt.

Christoph Morat, Präsident, stellt die Frage von **Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion vor: Mit Briefdatum vom 16. April 2007 haben alle GR von Allschwil von der IG Neuallschwil eine Stellungnahme zum Projekt Coop Tankstelle mit Pronto Shop erhalten.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau-Raumplanung, berichtet:

1. Hat der GR den Brief erhalten?

Ja, er hat ihn erhalten. Er hat der IG Neuallschwil keine schriftliche Antwort gegeben. Hingegen hat am 14. Mai ein Gespräch mit einer Delegation der IG Neuallschwil stattgefunden. An diesem hat der Gemeindepräsident, Dr. Anton Lauber, der HAL Hochbau-Raumplanung, Walter Stammbach und ich teilgenommen. Wir haben an diesem Gespräch klar zum Ausdruck gebracht, dass wir die Bedenken, welche in diesen verschiedenen Schreiben und in den Leserbriefen geäussert worden sind, sehr ernst nehmen und wir wollen uns um eine gute Lösung bemühen. Damit habe ich bereits eine Antwort zur Frage 3 gegeben. Wesentlich ist, dass man sich bewusst ist, wie in Allschwil das Baugesuchsverfahren gehandhabt wird. Wir sprechen in diesem Fall von einem Baugesuch, welches korrekt eingereicht wurde und welches vom Bauausschuss und nachher mit Antrag vom Gemeinderat behandelt wurde. Sowohl der Gemeinderat als auch der Bauausschuss halten sich in der Beurteilung von solchen Baugesuchen an die bestehenden kantonalen und kommunalen Gesetze und an die kantonale Praxis. Eine politische Wertung, ein politischer Spielraum ist sehr gering. Hingegen besteht die Möglichkeit, dass man das Einspracheverfahren nutzt. Nach diesem Gespräch wurde von Seiten der IG Neuallschwil eine Zusammenfassung gemacht und man hat dort festgestellt, dass das Baugesuch unter formalrechtlichen Aspekten beurteilt wurde und dass eine politische Wertung wenig Platz hat. An dieser Runde hat man aber festgehalten, dass der Gemeinderat bereit ist, Gespräche zwischen der Coop Mineralöl und der IG Neuallschwil zu vermitteln und auch daran teilzunehmen. Man hat einen zeitlichen Horizont festgelegt und gesagt, dass dies bis Ende Mai erfolgt sein soll. Dies wird nicht möglich sein. Es wird aber ein Vorgespräch der Gemeinde mit der Coop Mineralöl demnächst stattfinden. Dort wollen wir versuchen, die Anliegen einmal zu erklären. Dann findet das erwähnte Gespräch statt. Zu diesem Zweck gaben wir beim Bauinspektorat eine Sistierung der weiteren Behandlung dieses Baugesuches ein und dem wurde auch stattgegeben. Damit wird das Baugesuch bis zu diesem Gespräch nicht mehr weiter behandelt. Ich komme zur Frage 4. Wir beziehen uns auf die Gesetzgebung und eine grundsätzliche Haltung zu Einsprachen, an der viele Personen teilnehmen oder zu Lesebriefaktionen, kann man nicht definieren. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass jeweils von Fall zu Fall, von Situation zu Situation, von Gesuch zu Gesuch überprüft werden muss. Man kann nicht sagen, dass eine Einsprache mit vielen Unterschriften anders behandelt werden muss als eine Einsprache mit wenigen Unterschriften. Grundlage und Basis sind immer die Gesetze und die kantonale Praxis. Bei den Fragen 5 und 6 werden sie verstehen, dass ich in Anbetracht der Tatsache, dass wir vor einem solchen Gespräch stehen, nicht im Detail zu diesen Fragen Antwort geben will und kann. Dies würde das Gespräch mit der Coop Mineralöl massiv belasten, wenn wir hier bekannt geben würden was für Vorstellungen wir haben. Ich möchte aber trotzdem zur Frage: „Welche Versorgungsstrategie verfolgt der GR?“ etwas sagen. Der Gemeinderat hat keine Versorgungsstrategie für die Gemeinde Allschwil. Grundsätzlich ist es so, dass entlang der Baslerstrasse sowohl jetzt, wie auch nach der neuen Zonenordnung,

eine Wohn- und Geschäftszone besteht, welche gewisse Möglichkeiten zulässt. Aber dass von der Seite des Gemeinderates gesagt werden soll, wo und was für welche Verkaufsgeschäfte dort sein sollen, dies ist eine falsche Interpretation. Immerhin darf ich sagen, dass wenn gute Ideen zur Versorgung von Allschwil kommen, wie beispielsweise der Coop auf den Wegmatten, der Gemeinderat dahinter steht. Damit habe ich Frage 5 und 6 angesprochen und auch zur Frage 7 kann ich keine weiteren Auskünfte geben.

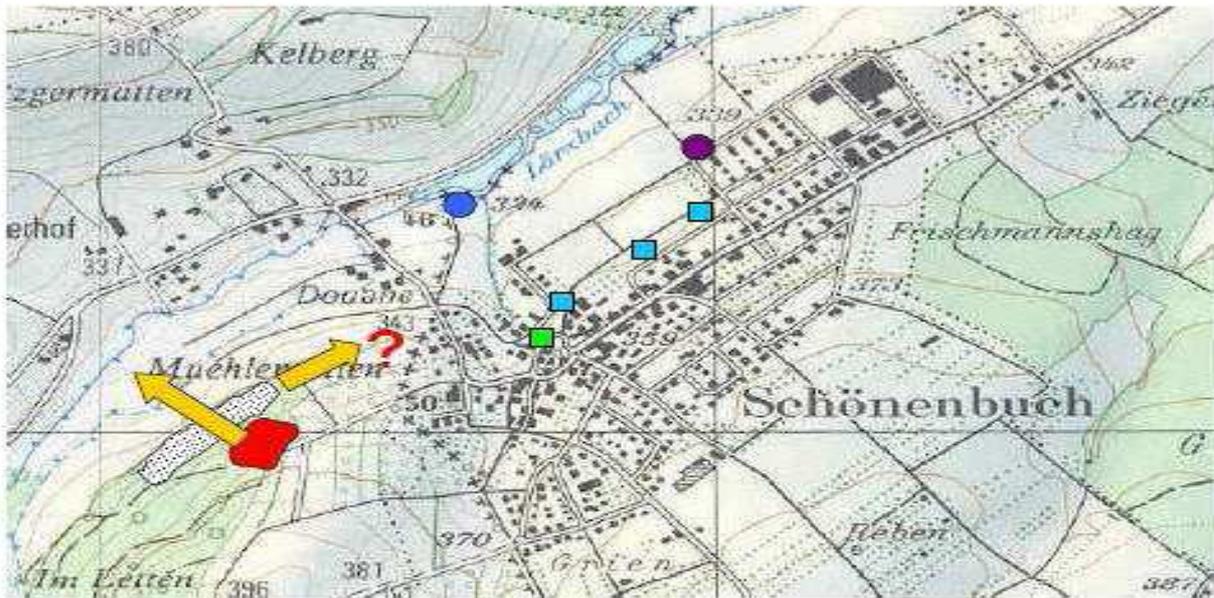
Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich habe ein gewisses Verständnis und ich habe gehört, dass es zu einem Gespräch zwischen der Coop Mineralöl AG, der IG Neuallschwil und der Gemeinde Allschwil kommt. Ich denke, es ist auf gutem Weg.

Christoph Morat, Präsident, stellt die Frage von **Felix Keller**, CVP-Fraktion vor: Die Deponie „Le Letten“ kommt nicht aus den Schlagzeilen. Gemäss den Tageszeitungen vom 19. Mai 2007 wurden erneut gefährliche Substanzen im Grundwasser nachgewiesen, welche das Schönenbucher Trinkwasser gefährden sollen.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich habe immer klar gemacht, dass sich der Gemeinderat Allschwil auch für grüne Belange und Interessen einsetzt. Ein wichtiger Teil ist das Wasser in der Gemeinde Allschwil. Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, ein paar Sachen klarzustellen. Es geht nicht nur um das Heute, sondern auch um das Morgen und wir sprechen von einem Zeithorizont von 10, 20 oder 50 Jahren. Seit die Gemeinde Allschwil das Wasser aus der Gemeinde Schönenbuch abgestellt hat, haben sich die imaginären Wellen überschlagen. Es wurde viel in Gang gesetzt, nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Orten, z.B. in Muttenz. Es ist genau die richtige Diskussion, die in Gang gesetzt wurde, denn es geht um eine langfristige Verantwortung. Es ist mir immer wieder aufgefallen, dass man selten ganz genau weiss, von was wir aktuell genau sprechen. Ich versuche dies mit ein paar Folien zu präsentieren. Was wir hier sehen, ist die Deponie „Le Letten“, hier haben wir den Lörzbach, der abfließt und hier, blau eingezeichnet, das ist die Deponie, welche im März im Eilschrittempo ausgehoben und saniert wurde. Hier sprechen wir von 1000 Tonnen kontaminierten Material. Dieser Teil hat dem Gemeinderat Sorgen gemacht, denn ist es möglich, dass über diese schnelle Sanierung Giftstoffe, sei dies über Grundwasser, Boden oder Luft, in die Umwelt freigesetzt wurden und in Richtung unserer Trinkwasserfassungen abfliessen konnten. Wir waren nicht orientiert, dass etwas saniert wurde, wir haben es aus der Bevölkerung erfahren. Zum anderen war uns nicht bekannt, was für Bewilligungen vorlagen und was für Sicherungsmassnahmen bei dieser Teilsanierung ergriffen wurden. Uns wurde immer gesagt, dass es unmöglich ist, zu sanieren, es sei viel besser, alles liegen zu lassen und bis in alle Ewigkeit zu messen. Wir haben uns die Frage stellt, wenn man so schnell 1000 Tonnen entsorgen kann und die entsprechenden Kapazitäten bei den Hochleistungsbrennöfen in Strasbourg hat, dann kann man doch die ganze Deponie sanieren? Mit anderen Worten, wir wurden äusserst misstrauisch gegenüber der IG DRB und ich kann ihnen jetzt schon sagen, das Misstrauen dauert zurzeit auch noch an. Um was geht es genau? Das hier ist die Karte, die bei der Medienmitteilung des Gemeinderates dabei war. (Folie, siehe unten) Wir sehen hier die Deponie und die Schotterrinne, bei der die Lage noch nicht genau definiert ist. Man weiss nur, dass sie längs ausgerichtet ist. Hier ist der Lörzbach und unbestritten ist, dass eine allgemeine Fliessrichtung in Richtung Lörzbach stattfindet. Das grosse Fragezeichen ist, ob es möglich ist, dass über die Schotterrinne Wasser in Richtung Trinkwasserfassungen in Schönenbuch abfliessen kann.

Medienorientierung vom 28. März 2007

Beilage 1: Situation der Grund- und Quellwassergewinnung in Schönenbuch



Legende:

- Quellwasserfassungen Brunnmatt 1, 2 und 3
- Quellwasserfassung Hüslimatt
- Grundwasserpumpwerk Kappelmatt
- Wasseraufbereitung und Pumpwerk Ledermatt
- Deponie Le Letten
- Schotterrinne
- ➔ Kontaminierter Grundwasserstrom

Hier sehen wir die Deponie „Le Letten“ und die Schotterrinne. (Folie) Das hier sind hydrogeologische Höhenlinien und zwar nicht des Berges, sondern des Wassers, die angeben, wie die Höhenverhältnisse unter dem Boden sind. Es kann sein, dass dort, wo wir einen Berg sehen, das Wasser unten ein Tal bildet. Und hier sieht man, wie die Höhenlinien verlaufen. Interessant ist, dass die Höhenlinien nicht mehr weiter geführt werden, denn man weiss nicht genau, wie sie dort verlaufen. Weiter ist interessant, dass man nie überprüft hat, ob die Schotterrinne noch weiter in Richtung Trinkwasserfassungen geht. Erstens muss die genaue Lage der Schotterrinne untersucht werden, zweitens sind wir bezüglich der hydrogeologischen Untersuchungen misstrauisch. Wenn man diese betrachtet, kann man in der Tat davon ausgehen, dass gemäss Höhenlinien das Wassers in den Lörzbach fliesst. Solche hydrogeometrischen Messungen werden aber nur einmal an einem Tag durchgeführt. Der Lauf der Höhenkurven hängt sehr stark davon ab, wie viel Wasser an diesem Tag fliesst, ob es vorher zehn Tage geregnet hat oder ob es zehn Tage trocken war. Man muss die hydrogeologischen Linien längerfristig überwachen, damit man eine zuverlässige Aussage machen kann. Bis jetzt wurde das nicht gemacht. Nun das aktuelle Problem, welches in der Fragestunde angesprochen wurde, ist die Medienmitteilung, welche am Samstag vorlag. Es geht um Giftstoffe, die in einer Quelle in der Nähe der Deponie „Le Letten“ vorgefunden wurden. Hier haben wir die Deponie „Le Letten“ und dort ES3, wo die Messungen stattfanden. Die Distanz von der Deponie zur Quelle sind etwa hundert Meter. Wenn es etwas mehr Grundwasser hat, füllt sich die Dole, da das Grundwasser steigt und diese füllt. So entstehen normalerweise Quellen. Wenn das Grundwasser tiefer ist, dann geht es unter dieser Bodensenkung durch und es hat keine Quelle. Dort ging Green Peace messen und hat die

Giftstoffe festgestellt, welche auf die chemikalischen Rückstände in der Deponie zurückzuführen sind. Die Angst, welche der Gemeinderat hatte, dass Chemikalien dort austreten und zwar nicht nur in Richtung Lörzbach, sondern auch in Richtung Trinkwasserfassungen, ist in der Tat real existent. Was ist mein Stein des Anstosses? In der Basler Zeitung vom Samstag konnten sie lesen, dass im ES3 Chemikalien gefunden wurden. Die Antwort des Herrn Engler, der IG DRB, war: „Es spielt doch keine Rolle, das wussten wir schon lange.“ Wenn man hier ruhig bleibt, bin ich dann schon verwundert. Das Thema ist schon längstens bekannt, aber wurde bis jetzt immer „unter dem Deckel gehalten“. Erst dann, wenn man wirklich muss und nicht mehr darum herum kommt, gibt man es, auch von Seiten der IG DRB, zu. Indirekt wurde damit auch zugegeben, dass die Deponien nicht dicht sind. Der einzige Trost, den wir haben ist, dass es offenbar nur in den Lörzbach geht, der nur ein Grenzbach von Allschwil ist und irgendwo sonst abfließt. Ich denke, dass ist ein schwacher und schlechter Trost, denn es geht immer noch in die Umwelt. Die weitere Frage, die im Raum steht, ist: Fließt das Grundwasser nun in Richtung Trinkwasserfassungen in Schönenbuch oder nicht? Ich habe nie behauptet und werde es auch heute nicht sagen, dass Trinkwasser aus Schönenbuch und Allschwil trinkbar und nicht vergiftet ist. Wir sprechen hier von einem längeren Zeithorizont. Warum ist dies so? Es ist eine undichte Deponie vorhanden. Dort unten werden Giftstoffe frei in die Natur gesetzt. Diese werden mit dem Wasser durch das Erdreich hindurch transportiert. Ich garantiere ihnen, wenn wir hier am Schluss in den Trinkwasserfassungen im Grundwasser/Trinkwasser Chemikalien in einem massgebenden Betrag vorfinden, dann ist es zu spät. Denn dann ist der Filter Erdreich kontaminiert und den wechseln wir nicht wie irgendein Kaffeefilter aus. Wir werden immer darauf angesprochen, dass man Green Peace nichts glauben kann. Ich weiss es nicht und es ist mir auch egal. Es geht mir nicht darum, wem ich glauben oder nicht glauben kann. Es geht darum, wer kann was belegen. Bis jetzt waren die Aussagen immer nur kontrovers, doch ich sage nach wie vor: Die Aussage von Green Peace ist nur bestritten, aber nicht widerlegt. Und das ist für mich wesentlich. Unter anderem haben wir auch Professor Wildi von der Uni Genf beauftragt, sich den Grundwasserfliessrichtungen im Speziellen anzunehmen. Er kennt die Thematik bereits und ist darum überhaupt in der Lage, in dieser komplexen Situation fristgerecht Aussagen machen zu können. Wir lassen das auch so verifizieren. Darum möchte ich ihnen das E-Mail des Professors Wildi vom 22. April 2007 vorlesen: „Eine klare Unsicherheit bleibt aber die bereits früher angesprochene Möglichkeit, einer direkteren Verbindung zwischen der Deponie Letten und den Wasserfassungen in Schönenbuch.“ Gestützt auf die verschiedenen Expertenaussagen sage ich ihnen jetzt: Eine klare Unsicherheit bleibt. Und wir wollen, dass diese Unsicherheiten endlich einmal beseitigt werden und dass Klartext gesprochen wird. Was ist der aktuelle Stand? Die neuen Nachweise kannten wir vorher nicht. Ich wurde am Freitag per Telefon von Green Peace grob orientiert, um was es geht und konnte am Samstag diesen Zeitungsartikel zur Kenntnis nehmen. Dann haben sich die Medien diesem Thema selbstverständlich auch angenommen. Zur zweiten Frage: Werden wir auch weiterhin kein Trinkwasser aus Schönenbuch beziehen? Dies ist eine Frage, welche der Gemeinderat noch nicht definitiv beschlossen hat. Wir haben den Trinkwasserbezug einmal für zwei Monate eingestellt und haben uns klare Vorstellungen gemacht, was alles erfüllt sein muss, damit wir das Wasser allenfalls wieder anstellen. Dieser Entscheid fällt erst nächsten Mittwoch in einer Woche. Was passiert noch alles, bevor man zu einem solchen Entscheid kommt? Der neuste Ausgangspunkt ist die neue Messung von Green Peace. Dann hatten wir am letzten Montag eine Besprechung mit Herrn Michael Plüss von der Novartis und Herrn Otto Mänder von Syngenta, bei der wir die Thematik und die zukünftige Kommunikation zwischen der Gemeinde Allschwil und der IG DRB oder lieber noch der Chemie angesprochen haben. Ich denke schon, dass man einen konstruktiveren Ansatz finden muss als dass dies heute der Fall ist. Die Bedingung ist aber, dass man nicht jede Aussage bestreitet, sondern sie untersucht und wenn es möglich ist, widerlegt. Dann werden im Verlaufe des Julis '07 die Messungen des Amts für Umwelt und Energie vorliegen. Im gleichen Zeitraum werden wir das Gutachten von Prof. Wildi erhalten, welcher sich ebenfalls mit den Schotterrinnen und den Wasserfliessrichtungen beschäftigen wird. Weiter dürfen wir die 2. Expertise des Büros Holinger erwarten, welches sich allenfalls auch dieser Thematik annehmen wird. Antworten der IG DRB stehen aus und ich darf ihnen sagen, dass im Antea-Bericht, welcher nach Frankreich für die Expertise ging, nichts vermerkt wurde zu den möglichen Grundwasserfliessrichtungen in Richtung Trinkwasserfassungen Schönenbuch. Es kann sehr gut sein, dass die Expertise gar keinen

Bezug auf diese Problematik nimmt. Gleichzeitig steht noch eine Antwort des Préfet auf ein Schreiben der AUE vom 21.03.07 aus. In diesem Schreiben wird gefragt, warum, zu welchem Zweck und mit welchen Sicherungsmassnahmen man die schnelle Sanierung vorgenommen hat. Ein Brief mit Grundsatzfragen ging am 03.04.07 vom Regierungsrat BL an die IG DRB, in dem die Offenlegung und klare Verhältnisse von der IG DRB gefordert werden. Ich darf feststellen, dass sich die Regierung Baselland dem Thema angenommen hat, es war im Landrat sowie im Grossrat ein Thema. Mit anderen Worten: Die Frage nach dem Zeithorizont ist relativ schwierig zu beantworten. Zur Frage: Unter welchen Bedingungen erwägt der Gemeinderat von der Gemeinde Schönenbuch wieder Trinkwasser zu beziehen? Dies ist ebenfalls eine schwere Frage. Ich gebe kein Datum bekannt und ich kann auch keine messerscharfen Kriterien abgeben. Etwas ist klar, ich habe bis heute kein Schreiben auf dem Tisch, in dem es heisst: Lieber Gemeindepräsident, ich garantiere Ihnen bei meinem Leben, dass das Trinkwasser in Allschwil auch die nächsten 5000 Jahre trinkbar sein wird. Das ist wahrscheinlich viel verlangt, aber bis jetzt konnte noch niemand eine klare Aussage zur Zukunft und Entwicklung dieser Deponien aufs Trinkwasser von Allschwil machen. Zurzeit aber, wenn man die Anforderungen etwas hinunter schraubt, geht es um eine klare Information und nicht nur um ein Verwischen im Bereich der Desinformation. Es geht darum, dass die Fragen, welche gestellt werden, ernst genommen und wissenschaftlich, nicht politisch, widerlegt werden. Dann denke ich, kann man ein solches Thema als Ganzes wieder diskutieren. Dies war für mich ein wichtiger Horizont, den ich öffnen wollte. Und ich kann ihnen nochmals sagen: Wir werden hart bleiben.

Felix Keller, CVP-Fraktion: Vielen Dank für die ausführliche und informative Antwort. Ich stelle fest, dass Thema wurde zur Chefsache erklärt. Wer die Deponie gesehen hat, als sie offen war, konnte feststellen, dass die Deponie und die Hauptdeponie sicher nie dicht sein können. Das Problem ist das Auswaschen dieser Deponien. Je länger man zuwartet, desto mehr Substanzen werden aus diesen Deponien ausgewaschen und gehen in diesen Filter und umso problematischer wird es dann, die Deponien bzw. den Filter zu sanieren. Ich habe am letzten Sonntag wieder einen Spaziergang zu den Deponien gemacht. Man sieht, dass der Weg wieder hergerichtet ist, aber die ganze Deponie ist eingezäunt. Für mich bedeutet ein Zaun, dass ein Gefahrenbereich vorhanden ist. Ich bin gespannt, wann dieser Zaun endlich weg sein wird.

Christoph Morat, Präsident, stellt die Frage von **Franziska Pausa** und **Jean-Jacques Winter**, beide SP/EVP-Fraktion, vor: In zahlreichen Gesprächen mit den Erziehungsberechtigten stossen wir auf das Thema Tagesbetreuung. In der Beantwortung des Postulats zur Tagesschule wurde einmal mehr auf die bestehenden Betreuungsangebote hingewiesen und die Einladung zu einem „table ronde“ angekündigt, zwecks Auflistung und Koordination der bestehenden Angebote und zum Aufdecken vorhandener Lücken und deren Behebung.

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste-Gesundheit: Wir kommen zu einem etwas leichteren, aber nicht unwichtigeren Thema, nämlich zur Tagesbetreuung und zu den familienergänzenden Angeboten. Diese sind in der heutigen Gesellschaft sehr wichtig und auch gefragt. In Allschwil bestehen verschiedene Institutionen und Vereine, private und öffentliche Anbieter mit unterschiedlichen Angeboten, welche Kinder, Jugendlichen und Familien zur Verfügung stehen. Für viele Familien sind diese Angebote eine Entlastung im Alltag und zugleich Bestandteil sozialer Integration. Das Angebot in Allschwil ist sehr vielfältig und richtet sich an unterschiedlichste Zielgruppen. Die Gemeinde subventioniert jährlich Vereine und Institutionen, welche Kinder- und Jugendbetreuung anbieten. Leider sind die Angebote zu wenig bekannt. Darum haben wir die familienergänzenden Angebote der 54 Vereine und Institutionen im Rahmen eines gemeinderätlichen Projekts mittels Fragebogen erhoben und in einer Datenbank erfasst. Das Ziel des gemeinderätlichen Projekts ist die Einrichtung einer Plattform, um die Angebote besser bekannt zu machen und zu versuchen, Synergien zu nutzen. Das Projekt hat leider eine Verzögerung erfahren und zwar im Zusammenhang mit der Datenbank. Wir wollen diese gerne auf die Homepage der Gemeinde Allschwil stellen. Aber der

Internetauftritt konnte nicht intern gemacht werden, darum müssen wir diesen extern geben. Der Gemeinderat hat heute dazu ein Kredit ausgesprochen.

1. Ist der angekündigte runde Tisch einberufen worden?

Der Gemeinderat hat nie einen runden Tisch angekündigt. Gemeint ist aber wohl, der von einzelnen Personen gewünschte runde Tisch, welcher sich insbesondere auf das Tagesheim, den Tageselternverein, den Mittagstisch, den Robi und auf das JTA bezieht. Die Gesprächsrunde wird im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Leistungsvereinbarung mit dem Tageselternverein, welche im Moment in Bearbeitung ist, einberufen.

2. Haben die angeschriebenen Organisationen teilnehmen können?

Es wurden keine Organisationen angeschrieben und diese konnten darum auch nicht teilnehmen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass man mit 54 Leuten an einem runden Tisch zu einem vernünftigen oder effizienten Resultat kommen würde.

3. Wer also bildet diesen runden Tisch?

Wie bereits gesagt, sind dies das Tagesheim, der Tageselternverein, der Mittagstisch, der Robi und das JTA. Bei Bedarf evtl. noch andere Organisationen.

4. Welche Resultate aus den Gesprächen bezüglich Kapazitäten und Ausbaumöglichkeiten kann der Gemeinderat daraus formulieren?

Es kam zu keinen Resultaten, da das Gespräch nicht stattgefunden hat. Ich muss aber ganz klar sagen, dass die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Leistungserbringern sehr gut ist. Den Allschwilern stehen gut ausgebaute familienergänzende Angebote zur Verfügung. Und wenn sie den Geschäftsbericht lesen, werden sie sehen, dass es überall Zunahmen gab. Einerseits beim Tageselternverein, welcher leider zu wenige Tageseltern hat um die Nachfrage zu decken. Andererseits beim Tagesheim, welches einen Auslastungsdurchschnitt von 95% hat. Die Leistungsvereinbarung verlangt eine Auslastung von 85%. In den früheren Jahren, als die Leistungsvereinbarung gemacht wurde, hatte man bezweifelt, dass ein Auslastungsdurchschnitt von 85% erreicht werden kann. Der Auslastungsdurchschnitt war im Jahre 2005 92% und im Jahre 2006 95%. Es wurden, mit dem Umzug ins Brucker-Haus, die Tagesheimplätze erweitert. Eine Erweiterung des familienergänzenden Betreuungsangebots bedeutete auch die Einführung des Tageskindergartens und auch die Tagesschule stand hier im Einwohnerrat schon zur Debatte. Der Gemeinderat ist am Ball und bleibt auch am Ball bei den familienergänzenden Angeboten. Aber alle Wünsche kann auch der Gemeinderat nicht erfüllen.

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Wenn die Fragebögen zurückgeschickt werden und ausgewertet sind, werden wir da öffentlich in den Medien informiert? Vielleicht im Allschwiler Wochenblatt? Zweitens: Wann wird der nun doch angekündigte „table ronde“ einberufen?

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste-Gesundheit: Es kommt auf die Homepage der Gemeinde Allschwil. Wir haben vorgesehen, dass diejenigen, welche dort mitgemacht haben, eingeladen werden und dies dann im Rundhof der Gemeindeverwaltung vorgestellt wird. Damit diese sehen können, was von ihnen auf der Homepage ist. Ebenso werden wir laufend im AWB auf diesen Punkt hinweisen, damit sie es anklicken und dort die Telefonnummern und Adressen der zuständigen Personen erfahren können. Bezüglich des runden Tisches: Die Leistungsvereinbarung mit dem Tageselternverein ist jetzt in Bearbeitung und muss bis Ende Jahr stehen. Ich gehe davon aus, dass nach den Sommerferien die Leistungsvereinbarung soweit fertig ist und dass man dann einen runden Tisch durchführen kann um zu schauen, ob die Leistungsvereinbarung noch an entsprechende Änderungen angepasst werden muss.

Jean-Jaques Winter, SP/EVP-Fraktion: Dankschön für die Antwort. Uns hat es nicht interessiert, wie viel Vereine sich im weitesten Sinn um die Jugend bemüht. Uns geht es viel mehr um die Rahmenbegleitungen zum Schulunterricht oder in absehbarer Zukunft im Hinblick auf den Tageskindergarten und die Tagesschule. Damals fiel das Wort des „table ronde“. Wie viel Organisationen gibt es hier vom Tageselternverein über das Tagesheim etc.? Kann man diese zusammenfügen? Wo kann man ausbauen? Braucht man noch mehr Tageskindergärten? Oder eine Tagesschule? Kann man noch unterstützen beim Ausbau der Tageselternvereinigung? Wie geht es dort weiter? Unser „table ronde“ ist über diese Zeiten. Es geht nicht nur um die Frage, ob mein Kind am Abend, anstatt vor dem Fernseher zu sitzen, noch Sport treiben kann. Ich bin gespannt auf die Resultate.

Christoph Morat, Präsident, erkundigt sich, ob es noch weitere Fragen gibt.

Alice Märky, FDP-Fraktion: Vor längerer Zeit wurde einmal ein Zusatzkredit für die Inventarisierung des Heimatmuseums gesprochen. Ist das eigentlich fertig und abgeschlossen?

Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung-Erziehung-Kultur: Es ist richtig, dass der Gemeinderat vor zwei Jahren dem Einwohnerrat eine Vorlage unterbreitet hat. Dort ging es darum, ob der Einwohnerrat ein Zusatzkredit für die Inventarisierung des Heimatmuseums spricht. Es ging um einen Betrag von CHF 60'000.--. Der Einwohnerrat hat dem zugestimmt. In der Folge hat die Gemeindeverwaltung einen Vertrag mit einer Frau abgeschlossen, welche professionell inventarisiert. Man wollte dies im Anstellungsverhältnis machen. Dies war jedoch nicht möglich. Die Frau ist selbständigerwerbend, so dass man einen Auftrag gemacht hat. Sie sehen hier auf diesen Folien, was die Dame in den letzten zwei Jahren gearbeitet hat. Frau Geismann hat minutiös alles aufgezeichnet, was sie gemacht hat. Sie hat auch mir und dem Gemeinderat mehrmals die Möglichkeit gegeben, zuzuschauen und hinein zuschauen, wie sie es macht und wie sie es auch von der Digitalisierung her professionell aufarbeitet. Sie sehen jetzt, dass noch 400 Stunden offen sind. Der Kredit läuft noch bis im Oktober. Für die 400 Stunden gibt es noch folgende Arbeiten, die sie machen muss. (Folie 2) Das Fazit ist, dass die gemäss Mandat zur Verfügung stehenden Stunden für die Inventarisierung nicht ausreichen. Der Gemeinderat wurde vor ein paar Wochen eingeladen, das Heimatmuseum zu besuchen. Bei dieser Gelegenheit hat man auch gesehen, dass die Remise hinter dem Heimatmuseum mehr oder weniger ein „Saustall“ ist und dass es sich lohnt, die Sachen, die dort drinnen sind, auszusortieren und zu bewerten, was es noch zu inventarisieren gibt. Es kamen noch ein paar Sachen dazu und Frau Geismann sagt, dass es am Anfang nicht ganz klar eruierbar war, um wie viele Stücke es sich handelte. Nun, es ist nicht ganz klar, um wie viel Stunden es sich handeln wird, aber Frau Geismann ist jetzt gerade in Zusammenarbeit mit Ruedi Graf, dem Kommissionspräsidenten, bis im Juni am ermitteln, was für ein Bedarf vorhanden ist. Ich trage das immer mit mir herum, denn ich weiss, es ist ein Thema. Wenn sie noch mehr Details wissen wollen, können sie gerne mit Charlotte Weishaupt, HAL Bildung-Erziehung-Kultur oder mit mir einen Termin abmachen.

Alice Märky, FDP-Fraktion: Ich habe eigentlich gar nicht eine solche Antwort erwartet. Ich wollte vielmehr wissen, ob es bald einmal fertig ist. Danke viel Mal für die Antwort.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion: Ich habe noch eine kurze Frage betreffend Euro 08. Laut meinem Wissensstand hat man sich einmal beworben, gibt es irgendwelche Neuigkeiten? Wir hatten es vor der Pause schon wegen den Wegmatten und der Euro 08, ob das evtl. kollidiert.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Das „Fancamp“ ist immer noch in der Schublade, aber ziemlich weit unten. Zum Zweiten: Von den „Host Cities“, das ist Basel und Baselland, werden wir keine „Public Viewing Stationen“ haben. Was zurzeit noch pendent ist, ist das Gesuch, welches an die UBS ging, welche auch zwei „Host Cities“ mit „Public Viewing“ Anlagen bedient.

Dort haben wir bis jetzt noch keine Antwort bekommen. Gemäss den Medien ist auch bei den UBS Public Viewing Anlagen mit Kosten zu rechnen. Ursprünglich hiess es, dass es gratis zur Verfügung gestellt wird. Und wenn die Medieninformationen richtig sind und davon gehe ich aus, dann ist das nicht der Fall. Ich habe schon immer gesagt: Wenn es kostet, dann wird es problematisch, wenn es viel kostet, dann wird es sehr problematisch. Wenn sie eine Tendenzangabe wollen, dann gehe ich davon aus, dass die Tendenz in Richtung Sportanlage im Brüel geht. So dass wir mit dem FC Allschwil in einem kleinen Rahmen versuchen werden, eine Public Viewing Anlage anzubieten. Dies wäre auf Allschwil beschränkt. Wir haben festgestellt, dass für Bildschirmgrössen mit einer bestimmten Diagonale es durchaus möglich ist, die Übertragungsrechte zu bekommen. Mit anderen Worten, es ist nach wie vor mein erklärtes Ziel, der Gemeinde Allschwil auch etwas für die Euro 08 zu beschere, aber es wird in einer leicht kleineren Dimension sein.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion: Dankeschön fürs Aufdatieren. Ich bin durchaus froh, dass es uns ins Brüel hinüberzieht. Denn ich finde es sinnvoll, wenn es in einem kleineren Rahmen realisiert wird.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Lieber Gemeinderat, lieber Heinz Giger, ich komme gerne nochmals auf die Kultur zurück, damit wir zwei Mal über das sprechen können, über das du so gerne sprichst. Ich möchte dich anfragen, ob du dich noch erinnern kannst, was unsere Bedenken und Voraussagen waren, als es um das Heimatmuseum ging. Wir haben dazumal schon gesagt, dass man den Anfängen wehren muss. Dass wir das Geld einsparen müssen, dass es noch teurer wird und wenn wir einmal richtig angefangen haben, müssen wir es bis zum bitteren Ende durchführen. Das haben wir gesagt, ist das richtig?

Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung-Erziehung-Kultur: Ich weiss nicht, wer von uns zwei lieber über das spricht. Für mich ist es mein Job, über das Heimatmuseum zu sprechen. Ich erinnere mich nicht, was Sie gesagt haben, aber vielleicht können Sie es nochmals sagen.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Grundsätzlich habe ich es wiederholt, aber so schnell gehen unsere Worte verloren. In diesem Fall müssen wir etwas mehr Druck machen und es das nächste Mal lauter sagen.

274 05.050 Forstwirtschaft

**10. Interpellation vom 25.04.2007 von Sarah Lorenz und Mathilde Oppliger, beide CVP-Fraktion betreffend „Allschwiler Wald“.
(Geschäft 3722).**

Christoph Morat, Präsident, übergibt **Markus Lack**, Revierförster, das Wort. Er wird anstelle von **Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt als Sachverständiger die Interpellation beantworten.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt stellt **Markus Lack**, Revierförster, vor: Sie müssen nicht erschrecken, dass wir einen Sachverständigen herbeigezogen haben. Das ist Revierförster **Markus Lack**, er ist von der Bürgergemeinde Allschwil und für den Allschwiler Wald zuständig. Wer könnte besser als er diese Fragen beantworten? Lassen sie mich doch noch kurz darauf eingehen: Grundsätzlich ist die Einwohnergemeinde für den Allschwiler Wald zuständig. Die hoheitlichen Aufgaben fallen der Einwohnergemeinde zu. Weil aber doch über 95% des Allschwiler Waldes im Eigentum der Bürgergemeinde Allschwil ist, ist die Bewirtschaftung in der Hand der Bürgergemeinde Allschwil. Und darum macht es auch Sinn, dass nun neben mir, **Markus Lack**, ein Mitarbeiter der Bürgergemeinde Allschwil sitzt. Doch auch ich werde noch kurz zu den Fragen Stellung nehmen.

1. Welche Ziele werden mit den genannten Massnahmen im Wald verfolgt?

Im Wald kennt man einen so genannten Nutzungsplan. D.h. es wird nur das Holz geschlagen, welches der Kanton auch bewilligt hat. Der Grundsatz ist: Es wird in der Regel nur so viel Holz geschlagen, wie auch wieder nachwächst. Dies bedeutet, dass unsere Wälder für die weiteren Generationen geschützt bleiben. Beim Allschwiler Wald ist aber noch speziell, dass er ein Naturschutzgebiet ist und dementsprechend untersteht er noch zusätzlichen Kriterien. Die Frage zwei betreffend des Nutzungskonzepts habe ich schon beantwortet.

3. Gibt es ein Notfallkonzept?

Die Gemeinde Allschwil hat kein Notfallkonzept. Aber mit dem verfrühten Leinenzwang für Hunde haben wir bereits eine Notfallmassnahme im März getroffen.

4. Was für Massnahmen gedenkt man zum Schutz der Tiere im Allschwiler Wald zu ergreifen?

Dort gibt es sehr viele Massnahmen. Ich bin froh, dass uns Markus Lack zur Verfügung steht. Denn gerade der Holzschlag, den sie im Wald beobachtet haben, ist eine Massnahme um die Tiere zu schützen. Ich gehe davon aus, dass uns Markus Lack mehr dazu erzählen kann.

Markus Lack, Revierförster: Sehr gerne nehme ich zu dieser eingegangenen Interpellation Stellung. Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt, hat schon vieles erwähnt. Ich möchte im Rahmen eines kurzen Votums noch mehr darauf eingehen. Wie sie wissen, gibt es private und öffentliche Waldeigentümer, welche in ihrem Handeln nicht frei sind. Über 95% der Allschwiler Waldfläche ist im Besitze der Bürgergemeinde Allschwil, aus diesem Grund besteht für die Bürgergemeinde Allschwil eine so genannte Betriebsplanpflicht. Bezüglich Holznutzung, Naturschutzmassnahmen und Erholungsnutzung gibt es ganz klare Vorgaben. Es ist Aufgabe des Kantons, dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Vorgaben auch eingehalten werden. Dafür ist das Forstamt beider Basel in Liestal zuständig. Grundlagen sind die kantonalen und eidgenössischen Gesetzgebungen. Ich möchte ihnen die einzelnen Bereiche näher vorstellen. Zwischen der Einwohnergemeinde und der Bürgergemeinde Allschwil besteht eine Vereinbarung bezüglich der Zusammenarbeit. Die Bürgergemeinde informiert die Gemeinde jedes Jahr im Rahmen eines Jahresberichts über die Aktivitäten und Massnahmen rund um die Waldpflege. Wenn es um die Holznutzung geht, gibt es den so genannten Hiebsatz. Das ist die Menge, welche pro Jahr geschlagen werden darf. Diese wird vom Kanton festgelegt. In der Waldwirtschaft gilt das Prinzip der Nachhaltigkeit. D.h. es darf grundsätzlich nicht mehr Holz geschlagen werden, als wieder nachwächst. In den letzten 50 Jahren wurde aber diese Vorgabe bei weitem nicht erfüllt, es wurde immer deutlich weniger Holz geschlagen als effektiv nachwächst. Stellen sie sich vor, im Allschwiler Wald wachsen pro Jahr etwa 1600 Kubikmeter Holz nach. Solche Zuwachsmessungen macht man nicht erst seit ein paar Jahren, sondern das erste Mal wurden sie bereits 1890 durchgeführt. Da man immer weniger Holz geschlagen hat als nachwächst, sind die Holzvorräte entsprechend gestiegen. Dies hat zu deutlich hohen Holzvorratszahlen im Allschwiler Wald geführt. Ein grosser Teil des Bestandes ist überaltert und aus diesem Grund hat sich auch die Verjüngung des Waldes entsprechend verzögert. Im Jahre 2003 wurde der Allschwiler Wald ins Inventar der geschützten Naturdenkmale des Kantons Baselland aufgenommen. Dies hat verschiedene Gründe, der Hauptgrund liegt im hohen Eichenanteil und damit ist die hohe Biodiversität unseres Waldes verbunden. Laubmischwälder mit einem hohen Eichenanteil sind ausgesprochen vielfältig, beispielsweise kommen alle einheimischen Spechtarten vor. Hervorzuheben ist der berühmte Mittelspecht, welcher bekanntlich auf der roten Liste ist. Hat man diesen in einem entsprechenden Bestand, kann man davon ausgehen, dass man in einem sehr intakten Lebensraum ist. Naturschutz heisst nicht, einfach nichts machen. Ohne Handlung würden sie die Ziele, welche in der Unterschutzstellung festgelegt sind, bei weitem verfehlen. Wir haben viel zu viele alte Bestände und wenn man nur mit alten Beständen arbeitet, hat man in absehbarer Zeit ein Problem bezüglich der Nachhaltigkeit. Um Eichen zu fördern und vor allem zu erhalten sind primär Verjüngungen notwendig. D.h. alter Waldbestand wird durch jungen Waldbestand ersetzt. Eine Verjüngung erreicht man nur, wenn genügend Licht vorhanden ist. Denn die Eiche ist eine

Lichtbaumart, folglich sind die Voraussetzungen klar: Wenn man die Eichenbestände verjüngen will, braucht es relativ grosse Freiflächen im Wald. Als regelmässige Waldbesucherin, als regelmässiger Waldbesucher stellen sie sicher fest, dass innert Kürze, d.h. innert zwei, drei Jahren ein enormes Dickicht auf diesen Freiflächen entsteht, in dem die entsprechenden Jungbäume keimen können. Einerseits ist das für die Fauna ein äusserst hervorragender Einstand, vor allem bietet es aber auch Schutz, Nahrung und nicht zuletzt ist es auch ein idealer Brutplatz. Die dichten Strukturen haben aber nicht nur für den Naturschutz Vorteile, sondern auch für die Freizeitnutzung im Wald. Schon seit Jahren bewirtschaftet die Bürgergemeinde zusammen mit der Einwohnergemeinde den Bereich der Erholungsnutzung im Allschwiler Wald. Interessanterweise werden diese Massnahmen durch die Universität Basel begleitet. Das Institut NLU: Natur, Landschaft und Umweltschutz, forscht und unterstützt entsprechend. Aufgrund der Empfehlungen der Uni Basel rund um die Problematik der Freizeitnutzung hat sich die so genannte Arbeitsgruppe „Freizeit im Allschwiler Wald“ etabliert. In dieser Arbeitsgruppe sind nebst den Fachleuten der Forstwirtschaft und der Universität, auch Behörden wie die Bürger- und Einwohnergemeinden vertreten, aber nicht nur von Allschwil, sondern auch von Binningen. Im Rahmen der Forschungsarbeiten werden dann auch verschiedene Empfehlungen aus der Forschung in die Praxis umgesetzt. Schweizweit einzigartig ist die Erarbeitung eines so genannten Konzepts für die Erholungsnutzung im Allschwiler Wald. In Zusammenarbeit mit den aufgezählten Parteien hat man ein Werk mit dem Ziel auf die Beine gestellt, dass der Allschwiler Wald auch in Zukunft seine Funktionen erbringen kann. Viele Arbeiten, welche im Konzept aufgeführt sind, sind bis anhin auch schon gemacht worden. Der grosse Unterschied für die Zukunft ist aber, dass diese Arbeiten konzeptionell mit einer bestimmten Strategie angegangen werden. Bis anhin war es im Bezug auf die Freizeitnutzung so, dass man dort gelöscht hat, wo es gebrannt hat. Das Hauptziel des Nutzungskonzepts besteht darin, dass man die artenreichen naturnahen Wälder für die nächsten Generationen erhalten will und dass man insbesondere auch die Naturräume in der urbanen Umgebung bewahren möchte. Die Massnahmen sind vielfältig: Verminderung der Konflikte zwischen den verschiedenen Nutzergruppen sowie Förderung von wenig gestörten Waldgebieten. Es geht auch darum, dass man versucht, mit möglichst wenigen Verboten zu arbeiten, sondern mit Besucherlenkung. Die Arbeitsgruppen und der Gemeinderat sind gegenwärtig noch daran, an der Sache zu arbeiten und ich gehe davon aus, dass sie über die entsprechenden Massnahmen informiert werden.

Sarah Lorenz, CVP-Fraktion: Vielen Dank für die ausführliche Beantwortung. Es war sehr aufschlussreich. Der Grund für die Interpellation war - und ich wurde auch von vielen Leuten darauf angesprochen-, dass so viel Holz, vor allem Unterholz geschlagen wurde. Ich habe jetzt verstanden warum. Trotzdem sieht es auf den ersten Blick immer komisch aus. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die CVP zusammen mit Markus Lack eine Aktion lanciert hat. Wir treffen uns am 12. Juni um 18.00 Uhr beim Parkplatz Spitzwald für eine Waldbegehung. Es sind alle herzlich eingeladen und wir freuen uns über jeden Teilnehmer.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion: Ich gehe jede Woche ein bis zwei Mal in den Wald. Und was mir aufgefallen ist, dass vor allem nach den Wochenenden bei den Feuerstellen sehr viel Abfall herumliegt. Das Thema des „Litterings“ wurde schon angesprochen. Jetzt meine Frage an sie: Gehört es zum Konzept, dass Feuerstellen vorhanden sind, obwohl man weiss, dass man am nächsten Morgen Feuerstellen vorfindet, die teilweise im Umkreis von 30-40 Metern verschmutzt sind?

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt: Ich möchte diese Frage selber beantworten, denn die Abfallentsorgung bei den Feuerstellen erfolgt durch das Werkhofpersonal. Dies ist eine Aufgabe, welche durch die Steuergelder finanziert wird. Für mich ist es ein Angebot, welches wir Aufrecht erhalten wollen. Die Feuerstellen machen Allschwil sehr attraktiv. Wir legen aber grossen Wert darauf, dass man die Standorte konzentriert. Dass also die Feuerstellen dort sind, wo wir nicht so hohen Schutz verfolgen und dass man aber in abgelegenen Waldteilen keine wilden Feuerstellen duldet. Das „Littering“ entsorgt die Gemeinde Allschwil.

Christoph Morat, Präsident, stellt fest, dass die Traktandenliste erschöpft ist und bedankt sich für die engagierten Diskussionen. Er beendet die Sitzung um 21.00 Uhr.